

III-64 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

1980 -09- 0 1

**BUNDESMINISTERIUM FÜR HANDEL,
GEWERBE UND INDUSTRIE**

Bericht über den Stand der Europäischen Integration
hinsichtlich der österreichischen Wirtschaft sowie
über die von der Bundesregierung im Hinblick auf die
Integration gesetzten innerösterreichischen Maßnahmen

(Integrationsbericht 1979)

I

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
A <u>Einleitende Bemerkungen</u>	1
B <u>Maßnahmen im Hinblick auf die vertraglichen Beziehungen mit den Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Freihandelsabkommen</u>	1
I Freihandelsabkommen Österreich-EWG	1
1) Tätigkeit des Gemischten Ausschusses - Allgemein	1
2) Beschlüsse auf dem Sektor der Ursprungs- regelung und Zollnomenklatur	4
3) Sensible Produkte	5
II Freihandelsabkommen Österreich-EGKS	6
1) Tätigkeit des Gemischten Ausschusses - Allgemein ...	6
2) Preisbestimmungen für Eisen- und Stahlprodukte	7
3) Kontaktgespräche Österreich-EGKS	7
III Abkommen über die Einführung direkter internationaler Eisenbahntarife im Durchgangsverkehr mit Kohle und Stahl durch Österreich (EGKS-Tarifabkommen)	7
IV Gemeinschaftliches Versandverfahren und Transit- abkommen Griechenland/Türkei	8
V Europäisches Patenübereinkommen	9
C <u>Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)</u>	11

II

Seite

<u>D Die österreichische Wirtschaft im Rahmen der</u>	
<u>Europäischen Integration</u>	14
I Der Warenverkehr	14
1) Auswirkungen der wirtschaftlichen Integration	
auf den österreichischen Export	
(Marktanteile)	14
2) Auswirkungen der wirtschaftlichen Integration auf	
den österreichischen Import (Importquoten)	17
3) Entwicklung des Inlandmarktanteils der öster-	
reichischen Industriegüterproduktion	19
4) Warenverkehr mit den EG- und EFTA-Staaten -	
länderweise Darstellung	20
II Die Industrie	30
Allgemeine Bemerkungen	30
Branchenspezifische Darstellung	30
1) Grundindustrie	30
2) Weiterverarbeitungsindustrie	33
3) Konsumgüterindustrie	35
III Die Landwirtschaft	37
1) Die Entwicklung des agrarischen Warenverkehrs	
mit den EG sowie österreichische Schritte gegen-	
über der Gemeinschaft	37
2) Rinder und Rindfleisch	38
3) Milcherzeugnisse	39
4) Wein	40

III

Seite

5) Kündigungsverhandlungen betreffend Kartoffel- verarbeitungserzeugnisse	40
6) Sonstige Probleme am Agrarsektor	41
IV Andere Bereiche	42
1) Arbeitsmarktpolitik	42
2) Raumordnungsfragen	43
E <u>Integrationsentwicklung auf anderen Gebieten</u>	44
I Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit der europäischen Staaten und EURONET	44
II Verkehrspolitik	46
1) Zusammenarbeit im Bereiche der Verkehrspolitik	46
2) Finanzierungsbeitrag der EG zum Bau der Innkreis-Pyhrnautobahn	46
3) Verhandlungen über ein Abkommen zur Liberalisierung des grenzüberschreitenden Gelegenheitsverkehrs mit Omnibussen	47
III Zusammenarbeit mit den EG auf dem Gebiet des Umweltschutzes	48
IV Konjunktur- und Währungsfragen, informative Gespräche Österreich-EG	49
V Europäisches Markenrecht	51
F <u>Die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften</u> <u>im Jahre 1979</u>	52
G <u>Schlußbemerkungen</u>	64
<u>Statistischer Anhang</u> (Tabellen 1 - 14)	

- 1 -

A Einleitende Bemerkungen

Die Bundesregierung legt nun den siebenten Integrationsbericht vor, der insbesondere die Maßnahmen der Bundesregierung im Hinblick auf die wirtschaftliche europäische Integration sowie die Auswirkungen der Integration auf die österreichische Wirtschaft im Jahre 1979 zum Gegenstand hat. Der Bericht sollte eine Grundlageninformation zur Prüfung des gegenwärtigen Standes der europäischen Integration hinsichtlich der österreichischen Wirtschaft sowie zur Erörterung künftiger Entwicklungen bieten.

Die Bundesregierung wird bei den Beratungen des Berichtes im Nationalrat bzw. im Bundesrat weitere Informationen hinsichtlich aktueller Entwicklungen erteilen.

B Maßnahmen im Hinblick auf die vertraglichen Beziehungen mit den Euro- päischen Gemeinschaften, insbesondere die Freihandels- abkommen

I Freihandelsabkommen Österreich-EWG

1) Tätigkeiten des Gemischten Ausschusses - Allgemein

Der Gemischte Ausschuss Österreich-EWG hielt je eine Tagung im Juni und Dezember ab, die insbesondere folgende Themenkreise zum Gegenstand hatten:

- Durchführung und Gestaltung des Freihandelsabkommens, insbesondere bei den Sonderbestimmungen für sensible Produkte sowie der Ursprungsregelung und den Schutzklauseln des Abkommens;

- 2 -

- Meinungsaustausch über die allgemeine wirtschaftliche Lage sowie die Zusammenarbeit in geographisch größerem Rahmen, soweit diese auf die Integrationsbeziehungen Österreichs mit den EG von Einfluß sind (z.B. Rohstoff- und Energiefragen, OECD-Trade Pledge, multilaterale GATT-Verhandlungen u.a);
- grundsätzliche Erörterung von Fragen im Zusammenhang mit den Erweiterungsbestrebungen der Gemeinschaft (Griechenland, Spanien und Portugal).
- Behandlung von Vorschlägen zur Reduzierung des Ungleichgewichtes im gegenseitigen Handelsverkehr mit gewerblichen und agrarischen Produkten sowie betreffend spezifische Schwierigkeiten im Export österreichischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse in die Gemeinschaft;
- die ad-hoc Behandlung bestimmter Fragen in Durchführung des Freihandelsabkommens (z.B. Zollfreikontingente und Richtplafonds für Papier und Papierprodukte, Antidumpingmaßnahmen bei Baustahlgittern, Richtpreise beim Import niedrigpreisiger Strumpfhosen, Beschwerden hinsichtlich der österr. Lebensmittelrechtsvorschriften).

Von Bedeutung bei den Arbeiten des Gemischten Ausschusses ist die Frage einer ausgeglichenen Handelsbilanz gegenüber der Gemeinschaft, da das Handelsbilanzdefizit zu Lasten Österreichs - nach einer leichten Besserung im Jahre 1978 - im Berichtsjahr wiederum eine Größenordnung erreicht hat, die auf längere Sicht eine ständige Behandlung im Gemischten Ausschuss erfordert. Die österr. Seite brachte daher die Auffassung zum Ausdruck, daß die Gemeinschaft bei ihren Überlegungen und Maßnahmen auf dieses grundlegende Problem für Österreich verstärkt Bedacht nehmen solle.

- 3 -

Größeren Raum bei den Beratungen im Gemischten Ausschuß nahmen Fragen des Warenverkehrs bei Papier und Papierwaren im Zusammenhang mit den Sonderregelungen des Freihandelsabkommens betreffend sensible Produkte ein. Die Entwicklung im Berichtsjahr nahm diesbezüglich einen eher günstigen Verlauf. Einige weitere österreichische Vorschläge stehen noch in Behandlung (siehe auch die Ausführungen im Abschnitt B I 3).

Hinsichtlich des Beitritts Griechenlands zur Gemeinschaft fanden im Berichtszeitraum zur Vorbereitung von Verhandlungen betreffend Übergangsprotokolle zu den Freihandelsabkommen Österreich-EGKS exploratorische Gespräche statt.

Nach entsprechenden Konsultationen mit den EG hat Österreich die Antidumpingmaßnahmen für Baustahlgitter mit Ursprung in Italien verlängert.

Hingegen wurde die mit Ende September 1979 befristete Verordnung über die Einführung von Richtpreisen für den Import von Strumpfhosen nicht mehr verlängert.

Die EG brachten ihre Besorgnis zum Ausdruck, daß Vorschriften des österreichischen Lebensmittelgesetzes, und insbesondere deren Anwendung, dem Export einer Reihe von Lebensmitteln aus EG-Staaten nach Österreich Handelsbeschränkungen auferlegten, die ihrer Auffassung nach im gesundheitlichen Schutzinteresse nicht begründet und daher diskriminierend seien. Diesbezügliche konkrete Beschwerdefälle werden österreichischerseits geprüft.

2) Beschlüsse auf dem Sektor der Ursprungsregelung und Zollnomenklatur

Mit Notenwechsel vom 12. Juni 1979 wurde die aufgrund einer Empfehlung des Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens erforderlich gewordene Anpassung der Warenlisten in den Protokollen betreffend sensible Produkte sowie landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte (Nrn. 1 u. 2) des Freihandelsabkommens mit der EWG vereinbart. Der Notenwechsel hat auch eine Erweiterung der Kompetenzen des Gemischten Ausschusses zum Gegenstand.

Im Hinblick auf eine raschere Behandlung der von den EFTA-Staaten schon seit langem vorgeschlagenen Vereinfachung und Verbesserung der Ursprungsregeln wurde von Österreich ebenso wie von den anderen EFTA-Staaten in den Hauptstädten der EG-Mitgliedstaaten durch die Botschaften interveniert.

In Anbetracht einer differenten wirtschaftlichen und grundsätzlichen Einstellung unter den EG-Mitgliedstaaten zeigen sich gegenüber den Anliegen der EFTA-Staaten jedoch bedeutende Widerstände.

Über den wesentlichen Inhalt von zwei Beschlüssen des Gemischten Ausschusses, durch die gewisse Änderungen in den Listen A und B des Protokolls Nr. 3 vorgenommen werden und die im Interesse von Industrien Österreichs und der Gemeinschaft liegen, konnte Einigung erzielt werden.

Die von Österreich ausgesprochene Einladung, die Frühjahrstagung 1980 des Zollausschusses aufgrund des Freihandelsabkommens in Wien abzuhalten, wurde von Seiten der Gemeinschaft angenommen.

- 5 -

3) Sensible Produkte

Im Hinblick auf die entspanntere Lage auf dem Papiersektor erhöhte die Gemeinschaft sämtliche Richtplafonds betreffend Papier und Papierwaren für 1979 um 5 % und brachte während des Berichtsjahres bei Überschreiten von Richtplafonds durch österreichische Exporte auch keine Drittlandszölle zur Anwendung.

Im gleichen Sinne haben die EG gemäß ihrer Ankündigung in der Sitzung des Gemischten Ausschusses vom Dezember 1979 eine Erhöhung aller Richtplafonds für 1980 um 5 % vorgenommen. Dieser Haltung der EG entsprechend hat auch Österreich die Richtplafonds betreffend Papier und Papierwaren für 1979 und 1980 ebenfalls im Ausmaß von 5 % aufgestockt und während des Berichtsjahres liberal gehandhabt.

Aufgrund der im Oktober 1979 stattgefundenen Konsultationen hat Großbritannien für 1980 bei den für Österreich besonders wichtigen Zollfreikontingenten, nämlich bestimmten Druck- und Schreibpapieren, gestrichenen und zugeschnittenen Papieren eine Erhöhung um jeweils 5 % vorgenommen. Das ergibt einen Gesamtdurchschnitt der Erhöhung der britischen Zollfreikontingente um 3,3 %.

Ein weiterer Vorschlag Österreichs nach Zusammenlegung einiger britischer Zollfreikontingente ist gegenwärtig in Behandlung. Eine derartige Zusammenlegung würde nicht nur administrative Erleichterungen für die betroffenen Exportfirmen und die Verwaltung zur Folge haben, sondern auch einen harmonischeren Ablauf der restlichen Übergangsperiode des Freihandelsabkommens ermöglichen.

II Freihandelsabkommen Österreich-EGKS

1. Tätigkeit des Gemischten Ausschusses - allgemein

Der Gemischte Ausschuss des Abkommens Österreich-EGKS trat im Berichtszeitraum zweimal zusammen. Nach der grundsätzlichen Feststellung des guten Funktionierens des Abkommens befaßte er sich mit der Situation auf dem Stahlmarkt, die sich im Berichtsjahr leicht verbessert hat, sowie mit den Auswirkungen der von der Gemeinschaft Ende 1977 eingeführten und weiterhin in Kraft stehenden Maßnahmen zur Krisenbekämpfung auf den Warenaustausch zwischen Österreich und der Gemeinschaft.

Die im Wege des Notenwechsels Österreichs mit den EG vom 15. März 1978 getroffenen Vereinbarungen über die Preisdisziplin bei den gegenseitigen Exporten wurden durch einen neuerlichen Notenwechsel vom 16. Jänner 1979 bis Ende 1979 verlängert. Da die weitere Erstreckung der Gültigkeitsdauer des Übereinkommens sowohl von Österreich als auch von der EGKS als nützlich angesehen wurde, wurden zur Jahreswende 1979/80 entsprechende Verhandlungen mit der Gemeinschaft eingeleitet.

Sowohl bei den Beratungen im Gemischten Ausschuss als auch bei der Prüfung der Ergebnisse des vorerwähnten Notenwechsels hat Österreich einige durch das Krisenmanagement der Gemeinschaft entstandenen Probleme zur Sprache gebracht. Insbesondere wurde nachdrücklich die Einhaltung der Preisdisziplin auch durch die EG-Unternehmen bei ihren Lieferungen nach Österreich verlangt. In der Folge sind die unterpreisigen EG-Exporte nach Österreich, sowohl was den mengenmäßigen Umfang als auch das Ausmaß der Unterbietungen betrifft, beträchtlich zurückgegangen.

- 7 -

2. Preisbestimmungen für Eisen- und Stahlprodukte

Die Bundeskommission für Eisen und Stahl hat ihre durch das EGKS-Abkommen-Durchführungsgesetz sowie durch die Verordnung des Handelsministers über unzulässige Praktiken im Verkehr mit Eisen- und Stahlerzeugnissen festgelegte Tätigkeit fortgesetzt. Es bestand weiterhin kein Anlaß, ein Verfahren wegen Verstoßes gegen die vorerwähnten Rechtsvorschriften einzuleiten.

3. Kontaktgespräche Österreich-EGKS

Die 14. und die 15. Runde der Kontaktgespräche zwischen Österreich und der EGKS fanden im Juni in Brüssel bzw. im Oktober in Wien statt. Die allgemeine Wirtschaftslage, die Lage auf dem Stahlmarkt und die von der Gemeinschaft ergriffenen bzw. für 1980 ins Auge gefaßten Krisenmaßnahmen bildeten die Schwerpunkte der Erörterungen.

III. Abkommen über die Einführung direkter internationaler Eisenbahntarife im Durchgangsverkehr mit Kohl und Stahl durch Österreich (EGKS-Tarifabkommen)

Der Transportausschuß Österreich/EGKS hielt im November seine ordentliche Jahressitzung ab, die diesmal gemeinsam mit dem Transportausschuß Schweiz/EGKS in Krems/D. stattfand und in der die sich aus der Anwendung des Abkommens ergebenden Probleme geprüft wurden.

Insbesondere wurde festgestellt, daß der Verkehr mit Montangütern zwischen Italien und den anderen Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft mit einem Aufkommen von mehr als 14 Millionen t im Jahre 1978 einen neuen Rekord erreicht hat.

- 8 -

Diese gute Verkehrsentwicklung im Jahre 1978 steht im Gegensatz zur damaligen konjunkturellen Lage in der Gemeinschaft im allgemeinen und zur Lage auf dem Stahlsektor im besonderen. Sie läßt sich zum Teil durch das Bemühen von Unternehmen der EGKS erklären, den Rückgang ihres Inlandabsatzes durch verstärkte Lieferungen nach anderen EG-Staaten auszugleichen.

Der Anteil der Eisenbahnen am Gesamtverkehr betrug 8,5 Mio. t (60 %). Der Straßengüterverkehr konnte mit 1,8 Mio. t (12 %) eine erhebliche Steigerung verzeichnen, der Anteil des Schiffsverkehrs belief sich auf 4 Mio. t (28 %).

Der Ausschuß erörterte weiters die Auswirkungen der im Jahre 1978 durch die Eisenbahnen der EG, Österreichs und der Schweiz vereinbarten Tarifmaßnahmen. Schließlich wurde ein Meinungsaustausch über die in der Gemeinschaft, in Österreich und der Schweiz anstehenden verkehrspolitischen Maßnahmen gepflogen.

IV. Gemeinschaftliches Versandverfahren und Transitabkommen Griechenland/Türkei

Das Abkommen mit den EG über das gemeinschaftliche Versandverfahren hat sich nach Anlaufschwierigkeiten gut bewährt. Für Österreich ist es u.a. auch deswegen von Bedeutung, weil es eine Möglichkeit bietet, gerade auf den stark belasteten Durchgangsstrecken, wie der zwischen Kufstein und Brenner, das Zollverfahren auf ein Minimum zu beschränken.

Die im Rahmen des Gemischten Ausschusses und der von ihm eingesetzten Arbeitsgruppe geführten Gespräche und Verhandlungen hatten vornehmlich die Vorbereitung umfassender Änderungen der Vorschriften über das gemeinschaftliche Versandverfahren zum Gegenstand, deren Behandlung aber noch nicht

- 9 -

soweit gediehen ist, daß abgesehen werden kann, wann sie wirksam werden. Fertiggestellt wurde die Übernahme der Europäischen Rechnungseinheit in das System der Pauschalbürgschaft des gemeinschaftlichen Versandverfahrens. Dadurch wurde die auf der Goldparität basierende Rechnungseinheit mit Wirksamkeit vom 1. Juli 1980 durch die auf einem "Währungskorb" aufbauende Europäische Rechnungseinheit ersetzt.

Die Anwendung des Transitabkommens Griechenland/Türkei hat auch im Berichtsjahr zu keinen Schwierigkeiten geführt. Mit dem Beitritt Griechenlands zu den EG wird die Anwendung des Abkommens auf die Türkei beschränkt werden, weil für den Verkehr von und nach Griechenland das gemeinschaftliche Versandverfahren anwendbar sein wird; eine diesbezügliche Änderung des Abkommens ist in Vorbereitung.

V. Europäisches Patentübereinkommen

Österreich hat 1979 als zehnter Staat (nach Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Schweden, der Schweiz und dem Vereinigten Königreich) seine Ratifikationsurkunde zum Europäischen Patentübereinkommen (EPÜ), dem wohl wichtigsten Vertragswerk der letzten Jahrzehnte auf dem Gebiete des gewerblichen Rechtsschutzes, hinterlegt.

Das EPÜ ist daher am 1. Mai 1979 für das Gebiet der Republik Österreich in Kraft getreten. Seit diesem Zeitpunkt kann in europäischen Patentanmeldungen die Republik Österreich als Vertragsstaat, in dem ein europäisches Patent Schutz genießen soll, benannt werden. Ebenso können europäische Patentanmeldungen von Anmeldern mit Sitz oder Wohnsitz in Österreich ohne Vertreter beim Europäischen Patentamt oder beim Österreichischen Patentamt eingereicht werden. Im letzteren Falle leitet das Österreichische Patentamt die europäische Patentanmeldung an das Europäische Patentamt weiter.

- 10 -

Auf der Grundlage eines Abkommens zwischen der Europäischen Patentorganisation und der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz der Republik Österreich führt das Österreichische Patentamt bis zum Jahr 1992 Recherchen zu europäischen Patentmeldungen durch. Im Jahre 1979 wurden 510 derartige Recherchen ausgeführt. Für das Jahr 1980 werden dem Österreichischen Patentamt 1500 europäische Patentanmeldungen zur Recherche übertragen werden.

Ein Vertrag betreffend die Übertragung von Prüfungsarbeiten zu europäischen Patentanmeldungen an das Österreichische Patentamt ist in Ausarbeitung.

Zur Einführung des Europäischen Patentübereinkommens hat der Nationalrat bereits 1978 das Patentverträge-Einführungsgesetz beschlossen, das im Berichtsjahr in Kraft getreten ist.

- 11 -

C. Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)

Die Aufrechterhaltung des Freihandels auch in der damals gegebenen Phase wirtschaftlicher Schwierigkeiten in einer Reihe europäischer Staaten sowie die weitere Ausgestaltung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den EG bildeten auch 1979 den Schwerpunkt der EFTA-Aktivitäten. Diese waren auch zentrale Themen der Frühjahrs- und Herbsttagung des EFTA-Rates auf Ministerebene.

Die schon bestehende gegenseitige Information oder pragmatische Zusammenarbeit der EFTA-Staaten mit den EG auf verschiedenen Gebieten, z.B. Ursprungsregelungen, Wirtschafts- und Währungspolitik, Verkehrspolitik, Patent- und Markenrecht bzw. Umweltschutz, wurden weitergeführt bzw. diesbezügliche Bemühungen einer Intensivierung wurden fortgesetzt. Weiters wurden die institutionellen Kontakte zwischen dem EFTA-Sekretariat und der EG-Kommission sowie zwischen dem Beratenden Komitee der EFTA und dem Wirtschafts- und Sozialausschuß der EG ausgebaut.

Im Bereiche der nichttarifarischen - und insbesondere technischen - Handelshemmnisse wurde in Durchführung der Beschlüsse der Wiener Gipfelkonferenz vom Mai 1977 von den EFTA-Ländern den EG ein gemeinsames Memorandum übergeben, worin eine engere Zusammenarbeit zum Abbau solcher Handelshemmnisse in Vorschlag gebracht wird.

In diesem Zusammenhang ist darauf zu verweisen, daß die Arbeiten einer Expertengruppe der EFTA betreffend die Anerkennung von Beurteilungsberichten von pharmazeutischen Gutachten mit der Schaffung eines speziellen Schemas für eine gegenseitige Anerkennung erfolgreich abgeschlossen wurden.

Im Rahmen der Tätigkeit des Wirtschaftskomitees fand ein eingehender Meinungsaustausch über die Wirtschaftsaussichten der einzelnen EFTA-Länder für das Jahr 1980 sowie über das Europäische Währungssystem (EWS) statt.

Das Beratende Komitee der EFTA, das sich aus Vertretern der Industrie, des Handels, der Gewerkschaften und anderer wirtschaftlicher Interessenvertretungen der Mitgliedsstaaten zusammensetzt, hielt im Berichtsjahr zwei Tagungen ab. Ein Teil der zweiten Tagung wurde gemeinsam mit den EFTA-Ministern in Norwegen abgehalten. Zur Behandlung standen Fragen der verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Westeuropa, insbesondere der Zusammenarbeit der EFTA-Staaten mit den EG, die Abwehr von protektionistischen Tendenzen und die Intensivierung der Kontakte zwischen dem EFTA-Rat und dem Beratenden Komitee der EFTA.

Im September fand die Tagung eines Unterkomitees des Beratenden Komitees statt. Hauptthema dieser Tagung war die Frage der Auswirkungen des Europäischen Währungssystems auf die EFTA-Länder.

Im Oktober hielten die EFTA-Parlamentarier eine Tagung insbesondere über das Thema Ursachen und Folgen des Protektionismus ab. Es herrschte Übereinstimmung, daß der Protektionismus kein geeignetes Mittel ist, um anstehende wirtschaftliche Probleme in den EFTA-Ländern zu lösen.

Über Antrag der portugiesischen Regierung hat der EFTA-Rat Portugal mit Beschluß von 13. Dezember ermächtigt, seine Verpflichtung, noch bestehende Zölle bei der Einfuhr bestimmter Waren aus den EFTA-Ländern zu senken, bis Ende 1982 auszusetzen. Des weiteren wurde Portugal ermächtigt, für eine Anzahl von Produkten, deren Erzeugung in Portugal erst vor kurzem aufgenommen wurde oder dort demnächst in Angriff genommen wird (sogenannte infant-industries), Importzölle einzuführen bzw. bestehende Zölle zu erhöhen.

Diese Zugeständnisse sind Portugal in gleichem Umfang auch von den EG eingeräumt worden.

- 13 -

In Belgrad fand im Mai 1979 ein Handelsförderungsseminar EFTA-Jugoslawien statt. Hierbei wurden von Experten aus den EFTA-Ländern den jugoslawischen Exportorganisationen die Bedingungen für ein Marketing in ihren Ländern dargelegt.

In einer Tagung des Gemischten Ausschusses EFTA-Jugoslawien im September wurde neben einem allgemeinen Gedankenaustausch über die Entwicklung des gegenseitigen Handelsverkehrs die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Prüfung von Maßnahmen der Industriekooperation beschlossen. Des weiteren wurde eine Expertengruppe mit der Hilfestellung beim Wiederaufbau der durch das Erdbeben beeinträchtigten Fremdenverkehrseinrichtungen in Montenegro beauftragt.

D Die österreichische Wirtschaft im Rahmen der Europäischen Integration

I Der Warenverkehr

1) Auswirkungen der wirtschaftlichen Integration auf den österreichischen Export (Marktanteile)

Das Freihandelsabkommen Österreichs mit den Europäischen Gemeinschaften ließ während der Phase des Zollabbaues (Oktober 1972 bis Juli 1977) eine Zunahme der österreichischen Marktanteile¹⁾ in den sechs Ländern der ursprünglichen Gemeinschaft (EG72²⁾ sowie auch in Irland erwarten. Österreichs Exporteure waren imstande, ihre Produkte im Ausmaß der Zollsenkungen billiger anzubieten, wodurch sich ihre Wettbewerbsposition verbessert hat. Unmittelbar aus dem Zollabbau resultierende ("statische") Integrationseffekte konnten nur bis Mitte 1978 - ein Jahr nach der letzten Zollsenkungsstufe³⁾ - erwartet werden. Darüber hinausgehende ("dynamische") Integrationseffekte resultieren aus zeitlich verzögerter Ausnützung von Marktchancen (etwa weil ein Vertriebsnetz erst schrittweise aufgebaut werden kann u.a.).

¹⁾ Als Marktanteil wird der Anteil der Importe aus Österreich an den Gesamtimporten der betreffenden Länder bzw. Ländergruppen verstanden.

²⁾ Die erweiterte Gemeinschaft wird als EG 73 bezeichnet.

³⁾ Die Auswirkungen des verzögerten Zollabbaues bei Papier und anderen sensiblen Produkten bleiben bei dieser globalen Darstellung unberücksichtigt.

- 15 -

In den Mitgliedsländern des EFTA-Übereinkommens hatte Österreich auf Grund des Zollabbaues in den Sechzigerjahren eine Vorzugsstellung inne. Auf Grund der Freihandelsabkommen der EFTA-Staaten mit den Europäischen Gemeinschaften bzw. des Beitrittes von Großbritannien und Dänemark zu den EG ging dieser Vorteil seit 1973 gegenüber der EG-Konkurrenz schrittweise verloren, was Marktanteilsverluste erwarten ließ. Diese Situation gilt prinzipiell in bezug auf alle Mitgliedsländer der ursprünglichen Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA 72), d.h. sowohl für die gegenwärtigen EFTA-Mitgliedstaaten (EFTA 73) als auch für Großbritannien und Dänemark.

Die Entwicklung der österreichischen Marktanteile in den westeuropäischen Ländern in den Jahren 1970 bis 1975 wurde im Integrationsbericht 1976, die Entwicklung im Jahr 1976 sowie die vorläufigen Ergebnisse im Jahr 1977 im Integrationsbericht 1977, die Entwicklung im Jahr 1977 sowie die vorläufigen Ergebnisse des Jahres 1978 im Integrationsbericht 1978 analysiert. Die Tabellen 8 und 9 dieses Berichtes enthalten die Ergebnisse des Jahres 1978 sowie die vorläufigen Werte des Jahres 1979.

Im Jahr 1978 waren österreichische Exporteure auf dem westeuropäischen Markt besonders erfolgreich: in den Europäischen Gemeinschaften konnten beachtliche Marktanteilsgewinne erreicht werden (EG 72 +11,2%, EG 73 +9,8%⁴). Besonders hoch war 1978 der österreichische Marktanteilsgewinn in Frankreich (+29,2%), am stärksten ins Gewicht fiel der Marktzuwachs in der BRD (+12,7%). In Italien konnte der österreichische Marktanteil nicht ganz gehalten werden (-0,5%). In der EFTA haben österreichische Exporteure, nach mehreren Jahren von Marktanteilsverlusten, im Jahr 1978 ihre Position stabilisieren bzw. sogar Marktanteile gewinnen können (EFTA 72 +5,3%, EFTA 73 +10,2%).

⁴) Diese Wachstumsraten können auch so interpretiert werden, daß auf Dollarbasis die Importe der EG aus Österreich um 11,2 bzw. 9,8 % schneller als die Gesamtimporte gestiegen sind.

- 16 -

Die Entwicklung der österreichischen Marktanteile im Jahr 1979 wurde durch verschiedene Faktoren beeinflusst: Einerseits hat die kräftige Verteuerung von Erdöl zu Marktanteilsverlusten der Erdölexporture zu Lasten anderer Länder, u.a. auch von Österreich, geführt; andererseits hat die hohe Nachfrage nach Vorprodukten (Stahl, Papier usw.) Österreichs Exportwirtschaft begünstigt. Aus diesen Gründen ist eine Trennung zwischen Integrations- und sonstigen Effekten in bezug auf die Marktanteile nicht immer möglich.

Eine Analyse auf Grund der bisher verfügbaren Daten legt den Schluß nahe, daß auch 1979 noch positive Integrationseffekte in den EG wirksam waren, allerdings in einem viel schwächeren Ausmaß als in den vergangenen Jahren (EG 72 +1,9%, EG 73 +1,1%)⁵). Vor allem in Italien konnte Österreich seine Marktposition verbessern, in der BRD war die Entwicklung zwar positiv, zeigte jedoch eine deutliche Verlangsamung gegenüber den Vorjahren. In den meisten anderen EG-Staaten mußten Marktanteilsverluste in Kauf genommen werden, die vor allem in Frankreich, den Niederlanden und Großbritannien hoch ausfielen.

In der EFTA ist der österreichische Marktanteil um fast 6 % zurückgegangen, wobei vor allem auf dem schwedischen Markt die Verluste stark ins Gewicht fielen.

Spanien und Griechenland werden in die westeuropäische Integration einbezogen. Der österreichische Marktanteil in Spanien ist, nach einem Rückgang 1978, im Jahr 1979 leicht gestiegen, in Griechenland hat Österreich 1979 hohe Marktanteilsverluste erlitten.

⁵) Der Marktanteil der ersten neun Monate des Jahres 1979 darf nicht direkt mit dem Marktanteil des Jahres 1978 verglichen werden, sondern muß dem (hier nicht gesondert ausgewiesenen) Marktanteil in derselben Periode 1978 gegenübergestellt werden.

- 17 -

2) Auswirkungen der wirtschaftlichen Integration auf den österreichischen Import (Importquoten)

Zur besseren Darstellung der - größtenteils integrationsbedingten - Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung auf die österreichischen Einfuhren scheint es sinnvoll, die bisherigen Analysen betreffend die Auswirkungen der Integration durch "Importquoten" zu ergänzen. Darunter werden hier die Importe in Prozent des nominellen Brutto-Inlandsproduktes Österreichs verstanden (Tabelle 10).

Die Importquote der Gesamteinfuhren stieg von 24,6 % 1970 auf 29,5 % 1979, d.h. um 20,2 %⁶⁾. Die Importquoten der Jahre 1977 und 1978 sind durch Import-Vorverlagerungen im Zusammenhang mit der Ankündigung eines erhöhten Mehrwertsteuersatzes ab 1978 verzerrt. (Die Importquote des Jahres 1977 ist überhöht, jene des Jahres 1978 zu niedrig.)

-
- 6) Die Einfuhren des Jahres 1970 entsprachen 24,6 %, jene des Jahres 1979 29,5 % aller in Österreich produzierten bzw. erbrachten Güter und Leistungen (Brutto-Inlandsprodukt) zu laufenden Preisen.

- 18 -

Der hohe Zuwachs der Importquote macht die stärkere Einschaltung Österreichs in die internationale Arbeitsteilung in den Siebzigerjahren deutlich. Zu Ende der Siebzigerjahre hat Österreich mehr ausländische Güter als zu Beginn dieser Dekade importiert: mehr Konsumgüter, mit welchen die wachsenden und immer mehr differenzierten Bedürfnisse der Bevölkerung gedeckt wurden, mehr Investitionsgüter, Rohstoffe und Vorprodukte. Ein Teil (etwa 1 Prozentpunkt) des Zuwachses der Importquote dürfte den gestiegenen Energiepreisen zuzuschreiben sein. Wachsende Importe können zwar den Verlust von Arbeitsplätzen im Inland mit sich bringen, doch wird dieser Nachteil durch die Schaffung von Arbeitsplätzen im Wege erhöhter Exporte ausgeglichen.

Die Importquote gegenüber der EG 72 vergrößerte sich von 13,9 % 1971 auf 18 % 1979 (+30 %) überdurchschnittlich, was zu einem erheblichen Teil eine Folge des österreichischen Zollabbaues im Rahmen des Freihandelsabkommens gewesen ist, während sie in den Sechzigerjahren etwa konstant geblieben war.

Die Importquote gegenüber der EFTA ist - erwartungsgemäß - nach 1971 zurückgegangen, da die EFTA-Lieferanten ihre Vorzugsstellung auf dem österreichischen Markt gegenüber der EG-Konkurrenz eingebüßt haben. Die Importquote der EFTA war aber 1979 wesentlich höher als 1960, was darauf schließen läßt, daß die EFTA-Integration nicht bloß temporäre Auswirkungen hatte, sondern maßgeblich zu einer stärkeren wirtschaftlichen Verflechtung der beteiligten Länder beigetragen hat.

- 19 -

3) Entwicklung des Inlandsmarktanteils der österreichischen
Industriegüterproduktion

Das Vordringen ausländischer Güter auf dem österreichischen Markt wurde 1978 nur vorübergehend unterbrochen. Die Marktanteilsgewinne der heimischen Produzenten waren im wesentlichen auf die zahlungsbilanzorientierte österreichische Wirtschaftspolitik und die Wirkungen der Einführung des dritten Umsatzsteuersatzes (Verlagerung von Käufen in das Jahr 1977) zurückzuführen.

1979 wurde wieder ein größerer Anteil des inländischen Bedarfs an Industriegütern durch Importe gedeckt. In erster Linie dürfte dies auf den steigenden Aufwand für importierte Rohstoffe und Energieträger zurückzuführen sein, wenngleich eine Verminderung des Inlandsmarktanteils auch im Bereich der Fertigwaren anzunehmen ist (siehe Tabelle 11).

4) Warenverkehr mit den EG- und EFTA-Staaten - länderweise Darstellung

Allgemeine Bemerkungen:

Zur Ergänzung der in der folgenden l nderweisen Darstellung enthaltenen Ausführungen wird im Statistischen Anhang eine Reihe von Tabellen betreffend die Entwicklung des Warenverkehrs Österreichs mit den anderen Staaten des europäischen Freihandelsraumes angeschlossen. 7)

Bundesrepublik Deutschland:

Während die Importe aus der Bundesrepublik Deutschland, unserem gröſsten Handelspartner, im Berichtszeitraum um 14 % angestiegen sind, konnte eine Zunahme der  sterreichischen Exporte um 22 % erreicht werden. Trotz dieser prozentuell gesehen erfreulichen Entwicklung hat sich angesichts des großen Import berhangs das  sterreichische Handelsbilanzdefizit gegenüber der Bundesrepublik Deutschland neuerlich erhöht.

Gestiegen sind vor allem die Exporte bei Fahrzeugen aller Art, mineralischen Baustoffen, chemischen Vorerzeugnissen, Kunststoffen, Bekleidung und Geweben aller Art. Zu den wichtigsten  sterreichischen Ausfuhrwaren zählen weiterhin Elektroerzeugnisse, Maschinen und Fördermittel, Eisenhalzeug, Stab- und Formeisen sowie Eisenblech.

7) Den Aussagen über die Entwicklung des Handels bei konkreten Produktgruppen (in der l nderweisen Darstellung) liegen die Werte von Jänner bis inklusive September, in einzelnen F llen auch einiger weiterer Monate, zugrunde. Im Statistischen Anhang sind jedoch die schon vorliegenden Gesamtjahresziffern 1979 berücksichtigt.

- 21 -

Bei den deutschen Lieferungen nach Österreich weisen Kraftstoffe und Mineralöle, sonstige chemische Halbwaren und Vorzeugnisse sowie Fahrzeuge aller Art die größten Zuwachsraten auf. Zu den wichtigsten deutschen Exportprodukten nach Österreich zählen nach wie vor Maschinen und Fördermittel, Fahrzeuge aller Art sowie Textilien und Bekleidung.

Italien:

Sowohl bei den Importen (+22 %) als auch bei den Exporten (+30 %) waren überdurchschnittliche Zuwachsraten zu verzeichnen.

Italien war nach der Bundesrepublik Deutschland der zweitgrößte Handelspartner Österreichs. Während die österreichischen Exporte in den wichtigen Bereichen Holz und Ernährung nur unterdurchschnittlich anstiegen, waren bei den Chemie- und Stahlexporten überdurchschnittliche Zuwachsraten zu verzeichnen.

In der Zunahme bei Eisen- und Stahlprodukten liegt ein gewisser Aufholeffekt nach den Einbußen, die 1978 nicht zuletzt auf Grund von Erschwernissen im Rahmen der EGKS hingenommen werden mußten.

Im Bereiche der Ernährung entwickelten sich die Exporte von Lebewild und Fleisch positiv, während bei Molkereiprodukten Rückgänge zu verzeichnen waren.

Bei den Importen aus Italien waren überdurchschnittliche Zunahmen auf den Sektoren Bekleidung, Schuhe, Straßenfahrzeuge und Textilien zu verzeichnen.

Frankreich:

Während die Importe aus Frankreich um 17 % zunahmen, konnte auf der Ausfuhrseite nur eine Steigerung um 11 % erreicht werden. Damit hat sich auch das österreichische Handelsbilanzdefizit wieder vergrößert.

Angesichts der eher mäßigen Konjunkturlage in Frankreich ist die Entwicklung der österreichischen Exporte vor allem bei Nahrungsmitteln, chemischen Produkten und Kunststoffen sowie bei Papier, Textilien und Schuhen als gut zu bezeichnen. Rückgänge mußten bei gebrannten Magnesitziegeln, Eisen- und Stahlprodukten sowie Erzeugnissen der mechanischen Industrie hingenommen werden.

Auf der Importseite fällt die überdurchschnittliche Steigerung bei Maschinen und Verkehrsmitteln, Nahrungsmitteln und chemischen Erzeugnissen sowie ein Rückgang bei verschiedenen bearbeiteten Waren auf.

Belgien, Luxemburg:

Die Einfuhren stiegen um 19 %, die Ausfuhren um 18 %.

Bei der Ausfuhr waren Steigerungen insbesondere bei Maschinen und Verkehrsmitteln zu verzeichnen, während die Lieferungen von bearbeiteten Waren und Rohstoffen etwas zurückgingen. Rückgänge mußten insbesondere die Stahlexporte hinnehmen, während etwa bei Papier Zunahmen registriert werden konnten.

Die Importe der wichtigsten Warengruppe Maschinen und Verkehrsmittel sind im Berichtsjahr gestiegen. Bei Nahrungsmitteln war ein Rückgang zu verzeichnen, während sich die Lieferungen von bearbeiteten Waren, chemischen Produkten und Rohstoffen erhöht haben.

- 23 -

Niederlande:

Die Importe haben sich nach der Stagnation des Jahres 1978 mit 19 % deutlich erhöht, während die Exporte nur um 3 % ausgeweitet werden konnten.

Die Ausfuhren in der bedeutendsten Warenobergruppe Maschinen und Verkehrsmittel konnten nur einen unterdurchschnittlichen Zuwachs erreichen, stärkere Zuwächse zeigten sich bei chemischen Erzeugnissen sowie bearbeiteten Waren. Bei sonstigen Fertigwaren mußte ein Rückgang der Exporte hingenommen werden.

Auf der Einfuhrseite ergaben sich Zunahmen vor allem bei Rohstoffen, Brennstoffen und Energie, Nahrungsmitteln sowie chemischen Erzeugnissen.

Großbritannien:

Die Importe aus Großbritannien nahmen um 10 %, die österreichischen Exporte nur um 6 % zu.

Überdurchschnittliche Steigerungen der österreichischen Exporte konnten bei Chemikalien, Papier und Pappe, Eisen und Stahl sowie Bekleidung erreicht werden, bei Textilien sowie Maschinen und Verkehrsmitteln gab es jedoch Rückgänge.

Bei den Einfuhren sind vor allem Steigerungen bei Büro- und EDV-Maschinen sowie Chemikalien bemerkenswert. Stärkere Rückgänge wurden bei Eisen und Stahl, Leder und Nachrichtengeräten registriert.

Dänemark:

Die Importe nahmen um 7 %, die Exporte um 12 % zu, nachdem im Jahre 1978 noch in beiden Richtungen Rückgänge zu verzeichnen waren.

- 24 -

Starke Zunahmen zeigten die Exporte von Leder, Mopeds, chemischen Erzeugnissen, Schuhen, Eisen und Stahl sowie Maschinen, während es bei Textilien nur unterdurchschnittliche Zuwächse gab. Rückläufig war der Export von Fernsehgeräten.

Bei den Einfuhren aus Dänemark waren Zuwächse auf den Sektoren Ernährung, Getränke und Tabak, chemische Erzeugnisse und sonstige Fertigwaren gegeben, ein Rückgang hingegen bei Maschinen.

Irland:

Die Importe erhöhten sich um 33 %, die Exporte um 38 %.

Bei den Exporten waren überdurchschnittliche Zuwachsraten bei Maschinen und Verkehrsmitteln, chemischen Erzeugnissen und sonstigen Fertigwaren zu verzeichnen.

Auf der Importseite bezogen sich die Steigerungen vor allem auf Kunststoffe, sonstige Fertigwaren, Kautschukwaren und den Ernährungssektor.

Schweiz:

Die Einfuhren aus der Schweiz nahmen um 2 % zu, während bei den Exporten ein Wachstum von 11 % zu verzeichnen war. Die Schweiz war damit nach der Bundesrepublik Deutschland und Italien weiterhin der drittgrößte Handelspartner Österreichs und der wichtigste Handelspartner unter den EFTA-Staaten.

Trotzdem haben die österreichischen Exporte am schweizerischen Markt im Verhältnis zu den anderen wichtigen Konkurrenzländern einen Rückgang ihres Marktanteiles erfahren. Eine abschließende Analyse über die Gründe hiefür liegt noch nicht vor.

- 25 -

Bei den Exporten konnten überdurchschnittliche Zuwachsraten bei Papier, Holz und Holzwaren, Kunststoffen, Beförderungsmitteln und chemischen Erzeugnissen erreicht werden, während bei Textilien und Bekleidung ein nur relativ geringer Zuwachs zu verzeichnen war.

Die Importe wiesen ein Ansteigen u.a. bei chemischen Erzeugnissen, Papier, optischen Geräten und Instrumenten auf, während die Lieferungen von Maschinen und elektrischen Apparaten, Bekleidung und Nahrungsmitteln stagnierten bzw. zurückgingen.

Schweden:

Nach einem beiderseitigen Rückgang des Warenverkehrs im Jahre 1978 sind nun im Berichtsjahr Einfuhren aus Schweden um 21 %, die Exporte dorthin um 16 % angestiegen.

Überdurchschnittliche Zuwachsraten haben die Ausfuhren bei bearbeiteten Waren sowie Rohstoffen verzeichnet, während diese bei Maschinen und Verkehrsmitteln sowie sonstigen Fertigwaren unter dem Durchschnitt lagen.

Die Einfuhren nahmen insbesondere auf den Sektoren Ernährung, Rohstoffen und Maschinen sowie Verkehrsmittel zu.

Norwegen:

Die Importe aus Norwegen stiegen um 13 %, die Exporte um 8 %. Ein Exportzuwachs zeigte sich insbesondere bei Leder, Textilien, Bekleidung und Schuhen, während bei Kautschukwaren, Eisen und Stahl sowie Metallwaren Rückgänge hingenommen werden mußten.

Die Importe stiegen vor allem bei chemischen Erzeugnissen, Maschinen und Verkehrsmitteln, bearbeiteten Waren und sonstigen Fertigwaren.

Island:

Die Importe aus Island gingen um 24 %, die Exporte um 16 % zurück. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß das Handelsvolumen Österreich-Island sehr geringes Ausmaß hat.

Wichtige Ausführpositionen sind Maschinen, Textilien, Bekleidung, Schuhe, Papier und Pappe. Österreich importiert aus Island vor allem Futtermittel, Kieselgur, Spinnstoffe und Bekleidung.

Finnland:

Nach einem beiderseitigen Rückgang des Warenverkehrs im Jahre 1978 stiegen die österreichischen Importe aus Finnland im Berichtsjahr um 21 %, die Exporte nach Finnland um 29 %.

Die Exporte erhöhten sich vor allem auf den Sektoren Ernährung, chemische Erzeugnisse, bearbeitete Waren sowie Maschinen und Verkehrsmittel.

Die Einfuhren nahmen vor allem bei Rohstoffen, chemischen Erzeugnissen, bearbeiteten Waren und sonstigen Fertigwaren zu. Rückgänge waren hingegen bei Maschinen und Verkehrsmitteln zu verzeichnen.

Portugal:

Während die Einfuhren um 27 % anstiegen, gingen die Ausfuhren um 10 % zurück.

Die Ausfuhren konnten bei Spinnstoffen, Textilien, sowie Waren aus mineralischen Stoffen gesteigert werden, bei Eisen und Stahl, Nichteisenmetallen, Metallwaren und sonstigen Fertigwaren mußten zum Teil erhebliche Einbußen hingenommen werden.

- 27 -

Die Einfuhren stiegen vor allem am Bekleidungssektor, dem umfangmäßig bedeutendsten Bereich, stark an, aber auch bei Textilien, Schuhen, Gemüse, Früchten und tierischen und pflanzlichen Rohstoffen waren Steigerungsraten zu verzeichnen.

Die nachstehend behandelten Staaten Griechenland und Spanien gehörten im Berichtszeitraum weder den EG noch der EFTA an, haben jedoch beide den Beitritt zur Gemeinschaft beantragt. Dieser wird im Falle Griechenlands am 1. Jänner 1981 effektiert werden. Zwischen Spanien und den EFTA-Staaten wurde am 26. Juni 1979 ein multilaterales Freihandelsübereinkommen sowie zwischen Österreich und Spanien ein bilaterales agrarisches Abkommen unterzeichnet.

Griechenland:

Die Importe aus Griechenland sind gegenüber dem Vorjahr um 8 % angestiegen, während bei den Exporten eine Steigerungsrate von 17 % zu verzeichnen war.

Die wichtigste Exportposition waren weiterhin Straßenfahrzeuge, bedingt durch die Zulieferungen eines großen österreichischen Produzenten an seine Tochtergesellschaft in Thessaloniki. Sie macht allein rund ein Drittel der österreichischen Gesamtexporte nach Griechenland aus.

Weitere wichtige Exportpositionen sind Papier, Maschinen, Molkereiprodukte und Holz, bei denen die Vergleichszahlen des Jahres 1978 erreicht wurden. Beachtliche Steigerungen, die in der Gesamtbilanz jedoch nur wenig ins Gewicht fallen, waren bei Chemiefasern, Magnesitziegeln und elektrisch betriebenen Maschinen zu verzeichnen.

- 28 -

Die wichtigsten griechischen Lieferungen nach Österreich betreffen Obst und Gemüse, mit über der Hälfte der Gesamtimporte aus Griechenland, gefolgt von Bekleidung und mineralischen Rohstoffen, wie Ferrolegierungen und Sintermagnetit. Bei letzteren konnte ein starker Anstieg gegenüber 1978 verzeichnet werden. Auch am Textilsektor haben die griechischen Lieferungen einen starken Zuwachs erfahren. Die österreichischen Bezüge von Schuhen waren rückläufig.

Spanien:

Die Einfuhren sind um 18 % angestiegen. Die Ausfuhren verzeichneten eine Zuwachsrate um 29 %, wobei allerdings berücksichtigt werden muß, daß 1978 eine Verringerung der österreichischen Ausfuhr um 18 % eingetreten war.

Mit diesem Exportzuwachs liegt Österreich geringfügig über dem durchschnittlichen Anstieg der spanischen Gesamtimporte, aber unter der Steigerung der Einfuhren aus anderen EFTA-Ländern bzw. den EG. Auch haben vergleichbare EFTA-Länder, wie die Schweiz (1,84 %) und Schweden (1,39 %), einen wesentlich größeren Anteil an der spanischen Einfuhr als Österreich (0,46 %).

Die Gemeinschaft konnte ihren Anteil an den spanischen Einfuhren gegenüber dem Jahr 1978 deutlich steigern. Die Gründe für die schlechtere Wettbewerbsposition für österreichische Produkte liegen einerseits in den hohen Transportkosten andererseits der Handels- und Zolldiskriminierung im Vergleich zu Lieferungen aus den EG-Staaten. Diese wird jedoch mit Inkrafttreten des Übereinkommens EFTA-Spanien wegfallen.

- 29 -

Bei den österreichischen Ausfuhren war die stärkste Ausweitung am Ernährungssektor sowie bei chemischen Erzeugnissen festzustellen. Ein starker Zuwachs konnte ferner bei sonstigen Fertigwaren, bearbeiteten Waren sowie Maschinen erreicht werden.

Bei den Einfuhren erfuhren insbesondere chemische Erzeugnisse und bearbeitete Waren (Eisen und Stahl) eine Steigerung, gefolgt von chemischen Erzeugnissen und Maschinen. Der wichtigste spanische Exportträger, der Bereich Ernährung (Anteil 30 % am spanischen Export nach Österreich), stagnierte faktisch, während bei Rohstoffen ein Rückgang festzustellen war. Deutliche Rückgänge weisen Kakao, Spinnstoffe, Straßenfahrzeuge, Bekleidung und Schuhe aus.

II Die Industrie

Allgemeine Bemerkungen:

Von den sensiblen Produkten abgesehen, wurde der Abbau der Zollschränken im Verhältnis zu den EG im Jahre 1977 beendet und in dessen Folge nehmen die unmittelbaren Auswirkungen von Integrationsmaßnahmen zunehmend ab. Daher ist allgemein festzustellen, daß nunmehr anstelle von Integrationseffekten - soweit sie nicht als dynamische Effekte nachwirken⁸⁾ - mehr und mehr konjunkturelle Einflüsse treten.

Einzelne Branchenbeobachtungen, die in dem nachstehenden Abschnitt wiedergegeben werden, reflektieren daher weniger Integrationsauswirkungen als Konjunkturschwankungen und Nachfrageschiebungen.

Weiters ist festzustellen, daß statistische Angaben und Vergleiche in den nachfolgenden Ausführungen dieses Kapitels sich in der Regel auf die ersten drei Quartale 1979 bzw. die entsprechende Periode des Vorjahres beziehen.

Branchenspezifische Darstellung

1) Grundindustrie

Eisen und Stahl

Die Gesamtimporte an Kommerzwalzware gingen mengenmäßig gegenüber dem Vorjahr geringfügig zurück, während die Edelstahlimporte mit ca. 20 % erneut anstiegen, was zum Teil auf den weiteren Zollabbau beim "sensiblen Produkt" Edelstahl zurückzuführen sein dürfte.

⁸⁾ Siehe diesbezüglich auch die Ausführungen im Abschnitt D I 1).

- 31 -

Die Kommerzwalzwarenexporte stiegen mengenmäßig um 17,3 %, wobei jedoch der Anstieg der Exporte in den EG-Raum mit 14 % nicht so hoch ausfiel. Der EG-Anteil an den Gesamtexporten verminderte sich damit von 58,3 auf 56,7 %. Im Gegensatz dazu stieg bei Edelstahl der EG-Anteil im Vergleich zum Vorjahr, erreichte jedoch nicht die Werte der Jahre 1976 und 1977.

Die zwischen der Gemeinschaft für Kohle und Stahl und Österreich getroffenen Vereinbarungen hinsichtlich von Krisenmaßnahmen auf dem Stahlsektor haben sich im großen und ganzen bewährt.

Am Edelstahlsektor erfolgte mit 1. Jänner 1980 der letzte Schritt des Zollabbaues.

Nichteisen-Metalle

Der NE-Metallsektor war erheblichen spekulativen Einflüssen insbesondere auf der Preisseite unterworfen. Der Hüttenaluminiumbereich war durch Engpässe bei Rohstoffen gekennzeichnet.

Auf dem NE-Metall-Schrottsektor wurden seitens der EG die bestehenden Exportbeschränkungen zwar gelockert, es bestand aber noch immer eine Drittlandskontingentierung, von der auch Österreich betroffen war.

Mit 1. Jänner 1980 wurde die letzte Zollbarriere bei den als "sensible Produkte" eingestuften Metallen Aluminium, Blei, Zink, Wolfram, Molybdän, Tantal und andere Sondermetalle beseitigt.

- 32 -

Gießerei

Durch die erfolgten Zollsenkungen trat ein verstärkter Konkurrenzdruck durch Importe aus den EG-Ländern auf. Wie im Vorjahr konnten durch Lieferungen von KFZ-Teilen an die Autoindustrie in der Bundesrepublik Deutschland freie Kapazitäten verstärkt ausgenützt werden.

Steine, Keramik, Glas

Der Absatz bei Zement und Kalk ging zurück. In der Baustoffindustrie, insbesondere bei Ziegeln, Beton und Fertigbauteilen, war der Absatz zwar mengenmäßig nicht unbefriedigend, doch die Erlöse im allgemeinen schlecht.

Die Natursteinindustrie konnte eine im allgemeinen gute Beschäftigung nur durch Exporte in benachbarte Gebiete in den EG möglich machen.

Die Geschirr- und Sanitärporzellanindustrie wies bei etwa gleichbleibendem mengenmäßigem Absatz höhere Erträge aus, was durch den Übergang auf höherwertige Produkte bewirkt wurde.

Die Exporte der Glasindustrie konnten ausgeweitet werden, wodurch sich der Beschäftigtenstand um rund 3 % auf 7.550 Beschäftigte erhöhte.

Diese positiven Tendenzen wurden dadurch getrübt, daß in manchen Sparten Geschäfte - insbesondere im Export - nur zu teilweise sehr gedrückten Preisen getätigt werden konnten.

Die Errichtung einer neuen Hütte für Verpackungsglas in Pöchlarn kann als eine Auswirkung der Integration angesehen werden, denn nur durch diesen Schritt kann die Konkurrenzfähigkeit dieser Sparte beibehalten werden.

- 33 -

Bauwirtschaft

Insgesamt war das Baunebengewerbe dank der Nachfrage nach Umbauten, Installations- und Wärmeisolierungsarbeiten besser ausgelastet als das Bauhauptgewerbe und die Bauindustrie.

Die Kapazitätsauslastung und Arbeitsmarktlage in der Bauwirtschaft war regional unterschiedlich, wobei allgemein eine rückläufige Beschäftigung gegeben war (Verringerung um 6 %). Die Ertragslage war nicht günstig.

Holzverarbeitung

Der Absatz war bei unterschiedlicher Lage der einzelnen Sparten allgemein günstiger als im Vorjahr. Allerdings war ein leicht fallender Beschäftigungsstand zu verzeichnen.

Die Möbelindustrie konnte ihre Produktion etwas steigern, jedoch hat sich - ähnlich wie in der Skiindustrie - ihre Ertragslage durch zunehmende Importe insbesondere aus der Bundesrepublik Deutschland und den Ostblockstaaten verschlechtert.

Bedingt durch zusätzliche Exporte wies die Spannplattenindustrie steigende Produktionsziffern auf.

2) Weiterverarbeitungsindustrie

Maschinen

Bei den Ausfuhren konnte der EG-Anteil bei gleichzeitiger Abnahme der Exporte in die EFTA auf 47,7 % gesteigert werden.

- 34 -

Fahrzeuge

Die Produktion erfuhr gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 22,7 %, die Beschäftigtenzahl erhöhte sich auf 32.255 Beschäftigte. Etwa 84,0 % der Importe kamen aus den EG, hievon 56,8 % aus der Bundesrepublik Deutschland. Der Export in die Gemeinschaft stieg auf 47,1 %.

Durch die fortgesetzten Bemühungen Österreichs konnten die Zulieferungen der heimischen Firmen an ausländische Kraftfahrzeughersteller - insbesondere in den EG - weiter gesteigert werden (von 2,8 Mrd. S im Jahre 1978 auf 3,6 Mrd.S).

Eisen- und Metallwaren

Neun Branchen, die rund ein Drittel der Gesamtproduktion der Eisen- und Metallwarenindustrie repräsentieren, expandierten: Draht, Bauartikel, Folien und Tuben, Werkzeuge, Schlösser und Beschläge, Waffen und Munition. Die weiteren 14 Branchen stagnierten oder entwickelten sich rückläufig, letzteres insbesondere bei Blechemballagen, Koch- und Heizgeräten, Radiatoren, Schneidewaren und sanitären Artikeln.

Der Anteil ausländischer Metallwaren auf dem Inlandsmarkt stieg in den letzten drei Jahren auf 62,5 %. Während 1979 kamen 74,1 % der Importe aus dem EG-Raum. Branchenexporte gelangten zu 50,7 % in die EG (gegenüber 47,0 % im Jahre 1978).

Elektrowaren

Die Produktion stieg gegenüber dem Vorjahr um 6,1 %. Das Handelsbilanzpassivum auf diesem Sektor verringerte sich nicht unbeträchtlich. Der Anteil der EG bei den österreichischen Exporten nahm weiter zu.

- 35 -

Chemie

Die Einfuhr chemischer Erzeugnisse aus dem EG-Raum stieg gegenüber dem Vorjahr auf 77,3 % (nominell von 16 auf 19,4 Mrd.S), wogegen die Einfuhren aus der EFTA weiterhin abnahmen. Die Ausfuhr war gekennzeichnet durch eine Zunahme des EG-Anteiles von 42,9 auf 48,2 % des Gesamtexportes am Chemiesektor und steigenden Lieferungen in die EFTA-Staaten.

3) Konsumgüterindustrie

Nahrungs- und Genußmittel

Die Exporte erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr nicht unbedeutend, die Importe jedoch nur um 3 %. Dadurch konnte das Außenhandelsdefizit auf diesem Sektor insgesamt um 8 % verringert werden. Infolge des Systems der EG-Erstattungen in der Ausfuhr hat sich auch im Berichtsjahr an den günstigen Wettbewerbsbedingungen für Firmen aus den EG auf dem österreichischen Markt nichts geändert.

Textilien

Der sich im Herbst 1978 abzeichnende Aufschwung der Konjunktur setzte sich 1979 fort. Die Auftragslage war im allgemeinen gut.

Der Außenhandel mit Textilien entwickelte sich lebhaft: Die Textilimporte erhöhten sich in den ersten drei Quartalen 1979 um 15,4 %, die Exporte um 11,1 %. Die gesamte Bilanz des österreichischen Außenhandels bei Textilien wies im Berichtsjahr einen Einfuhrüberschuß von ca. 2,5 Mrd.S auf.

- 36 -

Bekleidung

Das Jahr 1979 war nach der schwierigen Situation in den vergangenen Jahren durch eine günstige Entwicklung gekennzeichnet.

Während die Exporte von ca. 5 Mrd. öS - vorwiegend in den EG-Raum - um etwa 16 % gesteigert werden konnten, blieben die Importe insbesondere aus den Niedriglohnländern, mit einer Steigerung von 18 % (8,5 Mrd. öS) unter der Zuwachsrate der vergangenen Jahre.

Leder

Ab September 1979 war europaweit bei Rohhäuten ein starker Preisverfall zu verzeichnen. Die Versorgungsschwierigkeiten der Lederindustrie wurde dadurch - wenngleich auf nun höherem Preisniveau - beseitigt.

Auf dem Schuhsektor wirkte sich die Durchführung des Marketingkonzeptes dieser Branche weiterhin günstig aus. Die Schuhherzeuger konnten ihre Stellung auf den Exportmärkten zum Teil sogar ausbauen.

Papier

Im Berichtszeitraum war eine sowohl in mengen-, als auch in preismäßiger Hinsicht günstige Entwicklung, allerdings bei gleichzeitiger Steigerung der Produktionskosten, zu verzeichnen. Im Unterschied zum Vorjahr kam es bei den Richtplafonds der EG nicht zur Wiedereinführung der höheren Drittlandszölle. (Siehe auch Ausführungen im Abschnitt B I 3).

III Die Landwirtschaft

1. Die Entwicklung des agrarischen Warenverkehrs mit den EG sowie österreichische Schritte gegenüber der Gemeinschaft

Die Exporte agrarischer Produkte betrugen im Jahre 1979 8.866 Mio.S oder 7 % der Gesamtexporte Österreichs. Hievon wurden in die EG agrarische Produkte im Werte von 4.820 Mio.S ausgeführt, das sind 54,4 % der gesamten agrarischen Exporte Österreichs. Die agrarischen Ausfuhren in die EG stiegen damit gegenüber dem Vorjahr um 642 Mio.S (15 %), die Importe um 929 Mio.S (11 %).

Weitere Hinweise auf die Entwicklung des Warenverkehrs mit landwirtschaftlichen Produkten im Verhältnis zu den EG sind dem Statistischen Anhang (Tabelle 13) zu entnehmen.

Im Hinblick auf die dominierende Stellung der Gemeinschaft im agrarischen Außenhandel Österreichs waren die Bestrebungen der österreichischen Handelspolitik darauf gerichtet, die traditionellen Handelsbeziehungen auf dem Agrarsektor nicht nur zu erhalten, sondern möglichst weiterzuentwickeln. Dementsprechend ist die Bundesregierung unverändert bemüht, durch eine Politik "kleiner Schritte" - d.h. praktisch ständiger Verhandlungen - Erleichterungen für besonders wichtige agrarische Ausfuhrprodukte zu erreichen. Diese Anliegen wurden systematisch sowohl im Gemischten Ausschuß auf Grund des Freihandelsabkommens als auch bei den sonstigen Kontakten mit der EG-Kommission und den Mitgliedstaaten auf verschiedener Ebene behandelt.

Schwerpunkte der Bemühungen Österreichs bildeten die Sicherung der Absatzmöglichkeit von Rindern, Molkereierzeugnissen und von Wein. Die Exporte dieser Produkte haben sich im Berichtsjahr erfreulich entwickelt.

2. Rinder und Rindfleisch

Die Bestimmung in der gemeinschaftlichen Richtlinie über Zuchtrinder, die in ihrem Artikel 7 vorsah, daß die Mitgliedsländer bis zum 1. Jänner 1979 Durchführungsbestimmungen bezüglich einer doppelten Herdbucheintragung für Zuchtrinder aus Drittländern zu erlassen haben, wurde nicht zuletzt auf Grund österreichischer Interventionen vorläufig suspendiert. Zur Zeit arbeitet die Gemeinschaft an einem Entwurf für Durchführungsbestimmungen über die Zulassung von männlichen und weiblichen Zuchtrindern im internen Handel zwischen den EG-Mitgliedstaaten. Obwohl dieser Vorschlag zunächst Drittstaaten - und damit Österreich - nicht betrifft, ist er insofern bedeutungsvoll, als sein Inhalt in den nationalen Durchführungsverordnungen der EG-Mitgliedstaaten Eingang finden wird und die österreichischen Zuchtrinderexporte diesen Durchführungsverordnungen künftig unterworfen sein werden.

Aus der zu erwartenden Beendigung der Suspendierung des Artikels 7 der EG-Richtlinie für Zuchtrinder ergibt sich für Österreich die Notwendigkeit, sich den harmonisierten Gemeinschaftsbestimmungen anzupassen. Die zuständigen österreichischen Stellen sind mit den Experten der Gemeinschaft in engem Kontakt, damit die österreichischen Regelungen bei der Ausarbeitung der gemeinschaftsinternen Bestimmungen Berücksichtigung finden.

Das im agrarischen Notenwechsel vom 21. Juli 1972 festgelegte System des besonderen Einfuhrpreises für die Einfuhr von Rindern und Rindfleisch in die EG hat für Österreich, verglichen mit anderen Drittstaaten, eine wesentliche Senkung der Abschöpfung mit sich gebracht. Hinsichtlich des längerfristigen Zieles, einen möglichst abschöpfungsfreien Export auf der Basis der österreichischen Marktpreise zu erzielen, wurden im Berichtsjahr keine Fortschritte erreicht. Österreich hat diesbezüglich wiederum Vorschläge gemacht und sich auch bereit erklärt, eine Beschränkung auf bestimmte Mengen von Schlachtrindern zu akzeptieren.

- 39 -

Die zuständigen österreichischen Stellen waren weiters bemüht, durch Interventionen sowohl bei der EG-Kommission als auch in den Mitgliedstaaten durch eine Verbesserung der bestehenden administrativen Verfahren in den EG eine möglichst vollständige Ausnützung des Gemeinschaftszollkontingentes für weibliche NutZRinder der Höhenrassen in Höhe von 38.000 Stück sicherzustellen.

3. Milcherzeugnisse

Das Abkommen über die Exporte von Emmentaler und Berqkäse, welches im Rahmen des GATT im Jahre 1968 mit der Gemeinschaft geschlossen wurde, hat in den letzten Jahren an Wert verloren. Daher ist es bedauerlicherweise auch zu einem Rückgang des österreichischen Anteils an den Importen der EG-Mitgliedsstaaten, insbesondere Italiens, gekommen. Gleichzeitig haben dort der deutsche und der französische Anteil zugenommen. Österreich fordert in Verhandlungen mit den EG eine Abänderung der Modalitäten für die Festsetzung des Mindestpreises im Rahmen des Abkommens.

Von Bedeutung ist das zwischen Österreich einerseits und den EG und der Schweiz andererseits im Jahre 1977 abgeschlossene Abkommen über die Einhaltung von Mindestpreisen beim Export von Käse nach Österreich. Da dieses Abkommen infolge der zwischenzeitigen dreimaligen Milchpreisanhebung in Österreich zunehmend an Wert verliert, bemüht sich Österreich in Verhandlungen um eine Lösung, die es erlauben soll, Milchpreiserhöhungen automatisch auf neue Mindestpreise umzurechnen (sogenannte Automatikklausele). Die Kommission hat die österreichischen Vorschläge im Grundsatz akzeptiert. Eine endgültige Zustimmung wurde jedoch bisher aufgrund von Widerständen einzelner Mitgliedsstaaten nicht erreicht.

- 40 -

4. Wein

Nach Erteilung eines Mandats durch den EG-Ministerrat an die EG-Kommission zu Verhandlungen über ein Abkommen mit Österreich über die gegenseitige Anerkennung von Qualitätsweinen fanden im Berichtsraum zwei Verhandlungsrunden statt. Diese Verhandlungen sind schon relativ weit fortgeschritten. Österreich ist um deren Abschluß im Jahre 1980 bemüht.

Im Zusammenhang mit dem vorstehenden Problem steht auch die Frage der Zulassung österreichischer Weine mit einem Alkoholgehalt von mehr als 15° (Prädikatsweine) zum Import in die Gemeinschaft. Eine rechtlich einwandfreie Regelung für diese Weine wird zusammen mit dem Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Qualitätsweinen angestrebt.

5. Kündungsverhandlungen betreffend Kartoffelverarbeitungserzeugnisse

Die Verhandlungen mit der Gemeinschaft über den Antrag Österreichs auf Kündigung im GATT gebundener Zollsätze bei tiefgefrorenen Kartoffeln, verschiedenen Kartoffelverarbeitungsprodukten sowie weiteren dem österreichischen Ausgleichsabgabegesetz unterliegenden Erzeugnissen konnten im Berichtszeitraum zum Abschluß gebracht werden.

Dadurch werden die Zielsetzungen des Stärkegesetzes und des Ausgleichsabgabegesetzes erreicht, der in beiden Gesetzen vorgesehene Rohstoffpreisausgleich voll ermöglicht, wodurch die weitere Erzeugung und Verarbeitung der betreffenden Waren im Inland gesichert wird. Dies wird positive Auswirkungen auch strukturpolitischer Art in der Landwirtschaft, im Gewerbe und in der Industrie haben und somit auch eine Sicherung von Arbeitsplätzen bewirken. Es wird überdies erwartet, daß die rasch gestiegenen Importe bei den von der Kündigung betroffenen Waren eingedämmt werden.

- 41 -

6. Sonstige Probleme am Agrarsektor

Die Bemühungen um eine Zollsenkung für den Import von Birnensäften aus Österreich in die Gemeinschaft wurden fortgesetzt und von österreichischer Seite eine Reihe gezielter Interventionen durchgeführt.

Bezüglich der Anerkennung österreichischen Saatgutes der Land- und Forstwirtschaft bei Importen in die EG wurden die bereits bestehenden Kontakte fortgeführt.

IV Andere Bereiche

1. Arbeitsmarktpolitik

Die Beschäftigungszunahme um rund 16.000 Arbeitskräfte auf insgesamt 2,774.000 markiert im Jahr 1979 eine günstige Arbeitsmarktsituation. Dadurch kam einerseits die Reduktion des Beschäftigtenstandes in der Industrie zum Stillstand und andererseits hielt die Expansion des Dienstleistungssektors weiter an, wenngleich diese hinter jener des Jahres 1978 zurückblieb.

Bei einer Arbeitslosenrate von 2,0 %, das entspricht 56.700 vorgemerkten Arbeitlosen im Jahresdurchschnitt, bestand daher nach wie vor Vollbeschäftigung.

Die Arbeitsmarktverwaltung hatte für 1979 ein Programm für insbesondere folgende Schwerpunkte vorgesehen:

Einsetzung der Arbeitsmarktförderung für beschäftigungs-sichernde Maßnahmen;

Unterbringung des zusätzlichen Arbeitskräfteangebots, gegebenenfalls unter Gewährung von Beihilfen;

Substitution der Ausländerbeschäftigung;

besondere Bedachtnahme bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen auf bestimmte Personengruppen (Frauen, ältere Arbeitskräfte, Jugendliche usw.).

Durch den Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente nach diesen Leitlinien konnte die Arbeitsmarktverwaltung zur Lösung von Beschäftigungsproblemen und zur Sicherung der Beschäftigung beitragen. Dafür wurden rund 1 Mrd. Schilling aufgewendet.

- 43 -

2. Raumordnungsfragen

Die bereits in Angriff genommenen Regionalprogramme des Bundes (Sofortprogramme für die östlichen Grenzgebiete, Regionalprogramme Aichfeld-Murboden, Hausruck-Bergbaugebiet, Mürzzuschlag, Bergbaugebiet Eisenerz und Südkärnten) wurden weitergeführt. Aufgrund der Anfang der Siebzigerjahre stark gesunkenen Weltmarktpreise für Kupfer mußte der Kupferbergbau in Mühlbach am Hochkönig stillgelegt werden. Die erste Etappe der im Regionalprogramm des Bundes vorgesehenen Umstrukturierungsmaßnahmen konnte 1979 abgeschlossen werden, die zweite Etappe wurde eingeleitet.

Neu eingerichtet wurde die "Sonderaktion des Bundeskanzleramtes zur Stärkung entwicklungsschwacher ländlicher Räume in Berggebieten". Im Rahmen dieser Aktion werden in besonders benachteiligten und peripheren Berggebieten kooperativ organisierte Projekte gefördert, sofern sie zu einer eigenständigen Entwicklung dieser Gebiete beitragen.

Im Rahmen der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) wurde unter anderem auch ein Gutachten über die verkehrs- und regionalwirtschaftliche Bedeutung der Nebenbahnen abgeschlossen.

Im Rahmen der Österreichisch-Deutschen Raumordnungskommission wurden im November Empfehlungen über den Ausbau des hochrangigen grenzüberschreitenden Straßennetzes, über die Erhaltung des Personenverkehrs auf der Bahnstrecke Mühldorf-Simbach und eine Empfehlung zu Naturschutz und Landschaftspflege im Grenzraum beschlossen.

- 44 -

E Integrationsentwicklung auf anderen Gebieten

I Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit der europäischen Staaten und EURONET

Auch 1979 wurde die seinerzeit von den EG initiierte Zusammenarbeit von Mitgliedstaaten der Gemeinschaft, den Gemeinschaften selbst und europäischen Drittstaaten auf dem Gebiet der wissenschaftlich-technischen Forschung weitergeführt.

Anlässlich der im Oktober in Lissabon abgehaltenen Tagung wurde der Ausschuß hoher Beamter eingeladen, eine Tagung (am 29. und 30. September 1980) in Wien abzuhalten.

Angesichts des großen Interesses am Umweltschutz wurde zwischen der Gemeinschaft und interessierten Drittstaaten über eine europäische Aktion betreffend "Behandlung und Verwendung von Klärschlamm" Einvernehmen erzielt und das diesbezügliche Abkommen im Juli von Österreich, der Schweiz, Schweden, Finnland und Norwegen unterzeichnet. Österreich beteiligt sich insbesondere am Arbeitskreis "Chemische Verschmutzung von Klärschlamm".

Auch hinsichtlich einer weiteren Aktion auf dem Gebiet des Umweltschutzes, dem "Physikalisch-chemischen Verhalten atmosphärischer Schadstoffe", besteht seitens Österreichs Interesse und die Absicht, diesbezüglich ein sogenanntes Konzertierungsabkommen zu unterzeichnen.

Neben der Beteiligung Österreichs an verschiedenen Forschungsarbeiten im Rahmen der Aktion "Elektronische Hilfen für den Verkehr auf großen Fernverkehrsstraßen" besteht Interesse an dem geplanten Projekt betreffend die Verwendung alternativer Treibstoffe für den Antrieb von Straßenfahrzeugen.

- 45 -

Die Frage der Beteiligung Österreichs an der Aktion "Einfluß atmosphärischer Bedingungen auf die Ausbreitung von elektromagnetischen Wellen mit Frequenzen über 10 GHz" sowie an einer Aktion "Niederschlagsmessung mit Radar" wird zur Zeit geprüft.

Auf dem Gebiet der Metallurgie werden gegenwärtig mit anderen interessierten Staaten über das Projekt "Hochtemperaturstoffe für konventionelle Energieerzeugungs- und -umwandlungssysteme" Gespräche geführt.

Weitere Forschungsarbeiten, an denen Österreich beteiligt ist, betreffen "Werkstoffe für supraleitende Maschinen", wobei eine enge Zusammenarbeit mit der Schweiz stattfindet, sowie "Errichtung eines Europäischen Zentrums für mittelfristige Wettervorhersage" (Meteorologie).

Österreich hat schließlich seine grundsätzliche Absicht bekundet, sich auch am wissenschaftlich-technischen Informationsnetz der EG (EURONET) zu beteiligen. Die Verhandlungen eines diesbezüglichen Abkommens über eine Beteiligung der Schweiz an diesem als europäisches Informationssystem gedachten Vorhaben sind bereits abgeschlossen. Auch Schweden führt diesbezügliche Verhandlungen mit den EG.

II Verkehrspolitik

1. Zusammenarbeit im Bereiche der Verkehrspolitik

Die sich aus der geographischen Lage für die EG ergebende Bedeutung Österreichs für ihren innergemeinschaftlichen Personen- und Güterverkehr wird sich mit dem Beitritt Griechenlands noch wesentlich verstärken. Die Belastungen, die der alpenüberquerende Transitverkehr Österreich auferlegt, sind Motiv und Anlaß für eine Abstimmung der österreichischen Verkehrspolitik mit den EG.

Andererseits hat das Europaparlament die bisherige gemeinschaftliche Verkehrspolitik als unzureichend kritisiert. Auch die EG-Kommission hat Ziele und Programme erstellt, die sich sowohl auf die stufenweise Realisierung eines europäischen Verkehrsinfrastrukturnetzes als auch auf die Ordnung der Verkehrsmärkte nicht nur innerhalb der Gemeinschaft, sondern auch in den davon berührten anderen europäischen Ländern beziehen.

Zur Abstimmung der sich daraus ergebenden wichtigsten verkehrspolitischen Aspekte und Maßnahmen wurden die im Februar 1978 begonnenen Gespräche von Verkehrsexperten 1979 fortgeführt. Hierbei wurden insbesondere Themen wie die Entwicklung der Infrastruktur, die Zurechnung der Kosten für die Benützung dieser Verkehrsinfrastrukturen, die Zusammenarbeit der europäischen Eisenbahnen, der kombinierte Verkehr, die Möglichkeiten für eine Liberalisierung der Transportkontingente, das Problem der Standardisierung der Maße und Gewichte von Fahrzeugen des Straßengüterverkehrs und damit zusammenhängende technische Fragen erörtert.

2. Finanzierungsbeitrag der EG zum Bau der Innkreis-Pyhrnautobahn

Dem EG-Infrastrukturprojekt einer Nordwest-Südost-Verkehrsachse, welche in Österreich über die Innkreis-Pyhrnautobahn

- 47 -

verläuft und die bisher unzureichende Gastarbeiterroute weitgehend entlasten soll, kommt nach dem EG-Beitritt Griechenlands eine weiter zunehmende Bedeutung zu. Verhandlungen über das österreichische Anliegen eines Finanzierungsbeitrages der EG, welcher es erlauben würde, die innerösterreichischen Bedürfnissen dienende Verkehrsverbindung der Räume Linz-Graz durch Ausbau der Anschlußstücke an die deutsche bzw. jugoslawische Grenze beschleunigt in diese Transitroute einzubeziehen, wurden sowohl auf Regierungs- bzw. Kommissionsebene als auch unter Experten zu wiederholten Malen geführt.

Mit der Überreichung eines informativen Aide Mémoire zum gegenständlichen Problem in den Hauptstädten der EG-Mitgliedstaaten hat Österreich auf die besondere Bedeutung dieses Verkehrsprojektes hingewiesen. Im Rahmen der EG werden die Möglichkeiten für einen Finanzierungsbeitrag noch geprüft.

3. Verhandlungen über ein Abkommen zur Liberalisierung des grenzüberschreitenden Gelegenheitsverkehrs mit Omnibussen

Die Verhandlungen mit den EG sowie anderen europäischen Staaten über die Liberalisierung der Personenbeförderung im grenzüberschreitenden Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen wurden im Berichtszeitraum fortgesetzt, konnten aber wegen unterschiedlicher Auffassungen der einzelnen Verhandlungsteilnehmer zur Frage des Grades der in Aussicht genommenen Liberalisierung noch nicht abgeschlossen werden.

Österreich erwartet sich von einer multilateralen Regelung des grenzüberschreitenden Personenverkehrs insbesondere eine angemessene Beteiligung heimischer Autobusunternehmer an der Beförderung von Touristen, die ihren Urlaub in Österreich verbringen.

- 48 -

III Zusammenarbeit mit den Europäischen Gemeinschaften auf dem Gebiet des Umweltschutzes

Die Expertenkontakte wurden auf schriftlichem Wege fortgesetzt. Insbesondere wurde eine zweite Tagung der Höheren Beamten vorbereitet, die im Jahre 1980 stattfinden wird.

- 49 -

IV Konjunktur- und Währungsfragen, informative Gespräche Österreich - EG

Ein zweites Expertengespräch mit den EG über Konjunktur- und Währungsfragen fand im Oktober 1979 statt und umfaßte die Themen Wirtschaftslage und Politik der Gemeinschaft bzw. Österreichs, mittelfristige Wirtschaftsaussichten und Währungsfragen, wobei die österreichische Delegation auch über die jüngsten Entwicklungen im EWS unterrichtet wurde. Auch diese Gesprächsrunde ist als sehr nützlich zu beurteilen. Die Gesprächspartner sind übereingekommen, durch eine vorhergehende Präzisierung der beide Seiten interessierenden Fragen den Informationsgehalt weiter zu verbessern.

Im März 1979 trat das Europäische Währungssystem in Kraft, dessen Ziel es ist, eine stabile Währungszone in Europa zu schaffen. Das EWS ersetzte den Europäischen Wechselkursverbund ("Schlange"). Dem neuen System schlossen sich alle Länder der Gemeinschaft an, doch nimmt Großbritannien vorläufig am Wechselkurs- und Interventionsmechanismus nicht teil.

Österreich verfolgte den Werdegang des EWS von Beginn an mit Interesse und begrüßte die diesbezüglichen Bemühungen. Als die Grundzüge des Systems bekannt wurden, stellte sich heraus, daß die Form der Teilnahme am Wechselkurs und Interventionssystem, wie sie in der Entschließung des Europäischen Rates vom 5. Dezember 1978 vorgesehen ist, nicht ganz den österreichischen Wünschen entspricht, da ein Gleichgewicht zwischen Rechten und Pflichten nicht gewährleistet scheint. Österreich müßte zwar die Verpflichtung übernehmen, den Schilling innerhalb der festgesetzten Bandbreite zu halten, doch wäre der Zugang zur Mehrzahl der für die anderen Mitglieder vorgesehenen Kreditfazilitäten verschlossen und überdies könnte Österreich an der Entscheidungsfindung im EWS nicht teilnehmen.

- 50 -

Österreich setzte daher seine bereits gegenüber dem Europäischen Wechselkursverbund verfolgte Politik fort, indem es den Schilling am Kursverlauf des EWS, und hier insbesondere an jenem der DM, ohne vertragliche Bindungen orientierte.

- 51 -

V Europäisches Markenrecht

Österreich hat die Arbeiten der Gemeinschaft zur Schaffung eines europäischen Markenrechtes mit Interesse weiter verfolgt; eine Möglichkeit zur offiziellen Mitarbeit Österreichs, wozu es sich schon im Jahre 1978 bereiterklärt hatte, bestand noch nicht.

- 52 -

F Die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften
im Jahre 1979

Die Europäischen Gemeinschaften erzielten sowohl in inneren Ausbau als auch in den Aussenbeziehungen Fortschritte - trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten und neuer Belastungen sowie auch innergemeinschaftlicher Spannungen, die den Integrationsprozess erkennbar beeinträchtigten.

Die Einführung des Europäischen Währungssystems und die Abhaltung der ersten allgemeinen und direkten Wahlen zum Europäischen Parlament bedeuten eine Stärkung der Gemeinschaft. Weitere Integrationsschritte wurden mit dem Abschluß des Beitrittsvertrages mit Griechenland und der Einleitung von Beitrittsverhandlungen mit Portugal und Spanien getan.

Die Stellung der Gemeinschaft in der Welt wurde durch den Abschluß des Lomé-Abkommens, und der multilateralen Handelsverhandlungen im GATT sowie durch das verstärkte gemeinschaftliche oder koordinierte Auftreten der Neun in weltpolitischen Fragen, weiter gefestigt.

Die Verhandlungen über ein erweitertes Abkommen mit Jugoslawien und mit dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) über ein Rahmenabkommen zwischen den beiden Organisationen sind ebenfalls Ausdruck der zunehmenden Realität der Gemeinschaft.

Diese aufgezeigten Ergebnisse sind umso bemerkenswerter, als sie in einer Zeit nachhaltiger wirtschaftlicher Schwierigkeiten, wie Arbeitslosigkeit, starken Inflationsdrucks und struktureller Probleme, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Gemeinschaft, und angesichts einer weltweiten Energiekrise, erzielt worden sind.

- 53 -

In institutioneller Hinsicht bedeuten die Direktwahlen des Europäischen Parlaments zweifellos eine Stärkung der demokratischen Basis der Gemeinschaft, wenngleich die damit eingetretene stärkere Profilierung des Europäischen Parlaments vermehrte Spannungen zwischen dem Europäischen Parlament und dem Ministerrat zur Folge hat. Dies hat sich schon bei der Erstellung des Budgets der EG für das Jahr 1980 gezeigt.

Zur Frage allfälliger institutioneller Adaptierungen im Zusammenhang mit der Erweiterung sind erste Ansätze in Berichten gegeben, welche die "Drei Weisen" im Auftrag des Europäischen Rates und die Spierenberg-Gruppe im Auftrag der Kommission ausgearbeitet haben.

Die allgemeine Wirtschaftslage wurde durch starke Preissteigerungen für Primärenergie und Erdölprodukte beeinträchtigt. Das Sozialprodukt wuchs etwa im gleichen Ausmaß wie 1978, die Arbeitslosigkeit blieb unverändert auf hohem Niveau und die Inflation erfuhr eine Verschärfung. Infolge der noch immer unzureichenden Konvergenz der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten nahm das Niveaufälle zu, was auch die Regionalpolitik nicht entscheidend ändern vermochte.

Das am 13. März 1979 in Kraft getretene Europäische Währungssystem hat sich in seiner Anlaufphase bewährt und einen positiven Beitrag zur währungspolitischen Stabilität in Europa abgegeben.

In der Landwirtschaft wurde eine vorsichtige, die allgemeine Preisentwicklung dämpfende Politik fortgesetzt, indem die gemeinsamen Preise für Agrarprodukte im allgemeinen nur geringfügig erhöht wurden. Strukturelle Überschüsse und die sich daraus ergebenden Budgetlasten waren weiterhin Anlaß zur Sorge und Gegenstand von Reformvorschlägen, die auf eine Verbesserung des Marktgleichgewichts und der Agrarstrukturen abzielen.

- 54 -

Die Energiepolitik nahm etwas mehr Gestalt an, indem Orientierungen beschlossen wurden, welche insbesondere die Drosselung der Erdöleinfuhren, die verstärkte Verwendung von Kohle und Kernenergie und die Entwicklung alternativer Energiequellen vorsehen.

Zu einem herausragendem Problem entwickelten sich Budgetfragen. Sie sind eine wesentliche Ursache der Spannungen zwischen dem Europäischen Parlament und dem EG-Ministerrat, ein wichtiger Faktor in den Bestrebungen zur Reform der gemeinschaftlichen Agrarpolitik sowie vor allem Streitobjekt zwischen Großbritannien und seinen EG-Partnern bei dessen Bemühungen um Verringerung seines Netto-Budgetbeitrages.

Der Europäische Rat war vor allem um die Lösung der Währungs- und Energiefragen bemüht, sah sich aber vor allem mit der Frage des britischen Budgetbeitrages konfrontiert.

Alles in allem ist die Bilanz der EG für das abgelaufene Jahrzehnt positiv zu beurteilen. Einige wesentliche Ziele bezüglich ihrer Vollendung, Vertiefung und Erweiterung wurden verwirklicht und die Außenbeziehungen durch eine Reihe von Abkommen, teils präferenzieller Natur intensiviert. Dies sind angesichts der weltweiten und innergemeinschaftlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten bemerkenswerte Ergebnisse und bieten, ungeachtet der ausgebliebenen Erfolge hinsichtlich der Errichtung der bereits beschlossenen Wirtschafts- und Währungsunion und der vorgesehenen Europäischen Union, eine solide Ausgangsbasis für die Achtzigerjahre.

- 55 -

Zollunion und Binnenmarkt

Die besondere Aufmerksamkeit der Gemeinschaft galt technischen und administrativen Handelshemmnissen, die den freien Waren- und Dienstleistungsverkehr beeinträchtigen. Eine Reihe von Richtlinien des Rats und der Kommission insbesondere betreffend das Meßwesen, land- und forstwirtschaftliche Zugmaschinen, andere Arten von Kraftfahrzeugen, gefährliche Stoffe, sowie kosmetische Mittel wurden zu diesem Zweck erlassen.

Außenbeziehungen

In den Außenbeziehungen der Gemeinschaft sind einige bedeutsame Ergebnisse zu verzeichnen. Dies gilt vor allem im Verhältnis zu den Entwicklungsländern, indem das bestehende Abkommen von Lomé durch ein neues Abkommen ersetzt und damit die Kooperationsbeziehungen zu Staaten Afrikas, des Karibischen Raums und des Pazifischen Ozeans vertieft wurden. Eine Verdoppelung der Finanzhilfe, die Ausweitung des Systems der Exporterlösgarantie (STABEX) und eines ähnlichen Systems für mineralische Produkte sind vorgesehen.

Von herausragender Bedeutung war auch der Abschluß der multilateralen Handelsverhandlungen im GATT (Tokio-Runde). Damit wurde ein wichtiger Schritt zur Förderung des Welthandels und zur Eindämmung protektionistischer Tendenzen getan.

- 56 -

Im europäischen Raum wurden die Zusammenarbeit mit den EFTA-Staaten in pragmatischer Weise weiterentwickelt. Die Gemeinschaft und Portugal haben im November ein Ergänzungsprotokoll paraphiert, mit dem zur Berücksichtigung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Portugals einige Änderungen am Freihandelsabkommen vorgenommen werden. Die Verhandlungen im Hinblick auf den Beitritt zur Gemeinschaft wurden mit Portugal fortgeführt und mit Spanien begonnen. Mit Jugoslawien wurden Verhandlungen über ein weitergehendes Handels- und Kooperationsabkommen aufgenommen. Weiters sind Bemühungen zur Neubelebung des Assoziationsabkommens mit der Türkei im Gange. Mit Zypern wurde angesichts des Auslaufens der im Assoziationsabkommen vorgesehenen ersten Stufe ein Übergangsprotokoll ausgehandelt, mit dem dessen zweite Phase vorbereitet werden soll.

Die Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und den USA waren im Berichtsjahr von keinem wesentlichen bilateralen Problem belastet, wenngleich sich die Handelsbilanz zu Ungunsten der Gemeinschaft verschlechtert hat. Mit Kanada sind Bemühungen für eine Zusammenarbeit im Energie- sowie im industriellen Bereich im Gange.

Im Handel mit Japan weist die Gemeinschaft nach wie vor ein beträchtliches Defizit auf. Die japanische Regierung war zwar um eine Verbesserung der Zutrittsbedingungen zum japanischen Markt bemüht, doch wird insbesondere auf Grund der Abwertung des Yen bezweifelt, daß der gewünschte Erfolg tatsächlich eintreten wird.

Die Bemühungen um eine Intensivierung der Beziehungen zu den südostasiatischen Staaten fanden in der Aushandlung eines Kooperationsabkommens mit den ASEAN-Staaten ihren Niederschlag. Im Verhältnis zu China wurde nach dem früheren Abschluß eines Handelsabkommens am 1.6.1978 auch ein Textilabkommen paraphiert und vorläufig in Kraft gesetzt. Mit dem RGW wurden die Verhandlungen über den Abschluß eines Abkommens fortgesetzt, ohne daß sich neue Aspekte für ein baldiges Übereinkommen ergeben hätten. Auch mit Rumänien wurden Verhandlungen über ein Abkommen fortgeführt.

- 57 -

Erweiterung

Nach zweieinhalbjährigen Verhandlungen wurde der Beitrittsvertrag mit Griechenland am 28. Mai 1979 in Athen unterzeichnet. Sein Inkrafttreten ist für 1. Jänner 1981 vorgesehen. Im Verlauf einer Übergangszeit von fünf Jahren, und für besonders sensible Bereiche wie Freizügigkeit der Arbeitskräfte sowie für bestimmte Agrarprodukte von sieben Jahren, wird Griechenland das Gemeinschaftsrecht schrittweise übernehmen, so daß nach Ablauf dieser Fristen der freie Waren- und Dienstleistungsverkehr sowie die Freizügigkeit der Arbeitskräfte innerhalb der erweiterten Gemeinschaft hergestellt werden.

Hinsichtlich der Anwendung der Freihandelsabkommen Österreich - EWG und Österreich-EGKS auch auf die künftigen Beziehungen zwischen Österreich und Griechenland wurden exploratische Gespräche mit der EG-Kommission geführt.

Europäische Politische Zusammenarbeit

Besondere Bemühungen galten der Vorbereitung des nächsten Folgetreffens der KSZE 1980 in Madrid, dem Vorschlag einer europäischen Abrüstungskonferenz und den Beratungen im Rahmen der UNO. Mit Aufmerksamkeit wurde auch die Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten, insbesondere die Palästinenser-Frage und die Lage im Libanon, verfolgt. Der Euro-Arabische Dialog, die Entwicklung in Afrika und das Indochinaproblem waren ebenfalls Gegenstand der politischen Zusammenarbeit.

Die neuen Beitrittsländer sind nunmehr in die Koordination der "Neun" im Rahmen der EPZ mit einem besonderen Verfahren insofern einbezogen, als sie über die Beratungen der "Neun" auf dem laufenden gehalten werden.

Wirtschafts- und Währungspolitik

Die gesamtwirtschaftliche Lage in der Gemeinschaft gab zu Jahresende Anlaß zur Besorgnis. Die Arbeitslosigkeit hält noch immer bei 6 Mio. Personen, also 5,6 % der Arbeitskräfte. Der Inflationsdruck verschärfte sich, im Jahresdurchschnitt erhöhten sich die Verbraucherpreise um 9 % und lagen zu Jahresende sogar um 12 % über dem Niveau des Vorjahres, wobei sich die Schere zwischen den Mitgliedstaaten noch weiter geöffnet hat, da die Inflationsraten zwischen etwas über 4 % in der Bundesrepublik Deutschland und über 15 % in Italien variierten.

Das Wirtschaftswachstum betrug im Jahresdurchschnitt 3 % und entsprach damit etwa dem des Vorjahres. Es hat sich nach einer guten Entwicklung im ersten Halbjahr dann insbesondere unter dem Einfluß der Erdölpreiserhöhungen verlangsamt. Auch diesbezüglich war die Entwicklung zwischen den Mitgliedstaaten unterschiedlich (Bundesrepublik Deutschland und Italien über 4 %, übrige Mitgliedstaaten zwischen 2 und 3 %) und das Niveaufälle beträchtlich.

Die Leistungsbilanz der Gemeinschaft verschlechterte sich 1979 deutlich. Einem Überschuß von 14 Mrd. ERE im Jahre 1978 folgte 1979 ein Defizit von 3,5 Mrd. ERE. Die Konvergenz der Wirtschaftspolitiken der EG-Länder hat weder von den Maßnahmen noch von den Ergebnissen her zugenommen.

Das EWS hat seine ersten Bewährungsproben bestanden, indem Wechselkursschwankungen durch rechtzeitige Anpassung einzelner Kurse entschärft werden konnten. Der Stabilisierungsbeitrag war beachtlich, es gelang aber nicht, auch Großbritannien einzubeziehen. Es konnten jedoch die negativen Einflüsse der weltweit mangelnden Wechselkursstabilität auf die gemeinsame Agrarpolitik verringert und der Währungsausgleich gesenkt werden.

- 59 -

Landwirtschaft

Die agrarpolitischen Bemühungen der Gemeinschaft galten vor allem dem Funktionieren des gemeinsamen Agrarmarktes, der mit hohen Überschüssen besonders bei Milch und Zucker belastet sowie durch das Währungsgeschehen beeinträchtigt wird. Diesen Bemühungen waren aber nur Teilerfolge beschieden, denn das wesentliche Problem der Überschüsse konnte nicht gelöst werden.

In den Bemühungen um die Wiederherstellung der Einheitlichkeit des Agrarmarktes wurde insofern ein Fortschritt erzielt, als im Zuge der Einführung des EWS der Währungsausgleich verringert und die nationalen Preisniveaus angenähert werden konnten. Die markt- und preisstabilisierende Politik wurde fortgeführt und durch einen weitgehenden Preisstop für die gemeinsamen Preise bei Milchprodukten und eine lineare Anhebung der übrigen Preise um nur 1,5 % ein bedeutsamer Beitrag zur Dämpfung der Inflationstendenzen geleistet. Durch unterschiedliche Änderung der für die Landwirtschaft geltenden "grünen" Wechselkurse wurden die Preise in nationaler Währung allerdings unterschiedlich angehoben (am stärksten in Großbritannien mit 11 % und am geringsten in der Bundesrepublik Deutschland mit 0,4 %).

Von Bedeutung ist die im April erfolgte Einführung der Europäischen Rechnungseinheit (ERE) auch für die agrarpolitischen Maßnahmen.

Die Ernte war 1979 gut ausgefallen, ohne daß jedoch außergewöhnliche Ergebnisse erzielt wurden. Bei Getreide war 1978/79 erstmals ein Überschuß der Produktion gegenüber dem Bedarf zu verzeichnen. Die tierische Erzeugung hat weiter zugenommen. Sie ist bei Milch um 2,4 %, bei Rindfleisch um 3,4 % und bei Schweinefleisch um 5 % angestiegen.

- 60 -

Bei Butter nahm die Produktion 1978 stärker zu als der Verbrauch. Zugenommen hat auch der mit erheblichen Subventionen geförderte Butterexport der Gemeinschaft, der nahezu die Hälfte des Weltbutterexports ausmacht. Auch bei Rindfleisch blieb der Verbrauch hinter der Erzeugung zurück und die Marktpreise lagen nicht nur weit unter dem Orientierungspreis, sondern sogar deutlich unter dem Interventionspreis (86 % des Orientierungspreises), was sich in hohen Abschöpfungen bei Importen auswirkte.

Der Wert der Enderzeugung der Landwirtschaft hat um 8,9 % zugenommen. Die landwirtschaftlichen Einkommen variierten aber innerhalb der Mitgliedstaaten noch beträchtlich.

Für den Agrarhandel mit Drittstaaten ist die im Rahmen der Tokio-Runde erfolgte Beteiligung der Gemeinschaft an Internationalen Abkommen über Milch- und Milcherzeugnisse und an bilateralen Abkommen mit den USA, Kanada, Neuseeland und Australien über bestimmte Käsesorten von Bedeutung. Ebenso wurde eine Reihe von Abkommen für den Rindfleischbereich geschlossen.

Das Budget der Gemeinschaft für 1979 sah für die Finanzierung der Agrarpolitik insgesamt 10,8 Mrd. ERE (193 Mrd. ÖS) vor; das entspricht 74,5 % des EG-Gesamtbudgets. Davon wurden 10,4 Mrd. ERE (185 Mrd. ÖS) für Markt- und Preisstützungen (Interventionen und Exporterstattungen), sowie für den Währungsausgleich bereitgestellt; hievon 43 % für Milcherzeugnisse, 16 % für Getreide und Reis, 10 % für Zucker, 8 % für Schweinefleisch, Eier und Geflügel sowie 5 % für den Währungsausgleich.

Industriepolitik - EGKS

Trotz der verbesserten wirtschaftlichen Lage hatte sich die Beibehaltung der 1976 getroffenen und später erweiterten Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise auf dem Eisen- und Stahlsektor auch 1979

- 61 -

erforderlich gezeigt. Darunter fielen freiwillige Verpflichtungen der Unternehmen zur Beachtung der Lieferziele bei einer Reihe von Erzeugnissen am EGKS-Markt und die Beibehaltung der Mindestpreise für Beton-, Stabstahl und Warmbreitband sowie von Orientierungspreisen für Walzerzeugnisse.

Die Gemeinschaft schloß auch 1979 Vereinbarungen mit den meisten Ausfuhrländern für Stahl (nunmehr 17 Staaten) ab. Die angestrebten Ziele, die Preisdisziplin zu gewährleisten, Störungen auf dem Gemeinschaftsmarkt zu verhindern sowie die traditionellen Handelsströme zu erhalten, konnten im wesentlichen erreicht werden.

Die erwähnten Krisenmaßnahmen wurden schließlich im Dezember 1979 mit einigen Erleichterungen für 1980 verlängert. Gleichzeitig konnte Einigung über Gemeinschaftsvorschriften, d.h. gewisse Bedingungen und Voraussetzungen, für Beihilfen an die Stahlindustrie erzielt werden.

Verkehr

Im Verkehrsbereich ist die Gemeinschaft etwas weitergekommen. Dies gilt hinsichtlich des Beitritts der EG-Mitgliedstaaten zum UN-Übereinkommen über einen Verhaltenskodex für Linienkonferenzen (Seeverkehrspolitik). Weitere Elemente für den Aufbau einer gemeinsamen Verkehrspolitik sind mit der Änderung der revidierten Rheinschiffahrtsakte, dem eingeführten Beratungsverfahren im Bereich des Luftverkehrs, der Lockerung der Regelung für den Straßenverkehr (Erhöhung des Gemeinschaftskontingents) und die Begrenzung der zulässigen Schallemissionen bei Flugzeugen gegeben.

Die Bemühungen der Kommission sind weiters insbesondere auf die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und auf die Bereitstellung der Finanzmittel hiefür gerichtet. Zu diesem Zweck hat sie ein Grünbuch über die erforderliche Konzeption zum fortschreitenden Ausbau eines Verkehrsnetzes für die nächsten Jahrzehnte erstellt.

- 62 -

Energie

Hohe Priorität in der Gemeinschaftsaktivität kam angesichts der Schwierigkeiten in der Erdölversorgung der Energiepolitik zu. Der Ministerrat, vor allem auch der Europäische Rat, befaßten sich eingehend mit der Möglichkeit einer Energiestrategie, die ein weiteres Wirtschaftswachstum von der Erhöhung des Erdölverbrauchs unabhängig machen sollte und den vermehrten Einsatz anderer Energieträger sowie Energieeinsparungen zum Ziele hat. Die Gemeinschaft hat sich vorgenommen, die Öleinfuhren nicht über das Niveau von 1978 steigen zu lassen und im verstärkten Maße Kohle und Kernenergie einzusetzen, sowie sich weiters um die Energieeinsparung und um die Entwicklung neuer Energiequellen zu bemühen. Diese Absichten der Gemeinschaft bildeten auch eine wesentliche Basis für den Weltwirtschaftsgipfel im Juni 1979 in Tokio, dessen Bemühungen die Lösung der Energiekrise auf weltweiter Ebene zum Ziele hatte.

Umwelt- und Verbraucherschutz

Im Vordergrund der Arbeiten auf dem Gebiet des Umweltschutzes standen weiterhin Maßnahmen des Gewässerschutzes, insbesondere der Schutz des Grundwassers gegen Ableitung gefährlicher Stoffe, die Ausarbeitung von Qualitätskriterien für Gewässer und die Verwirklichung des Aktionsprogramms zur Bekämpfung der Ölverschmutzung des Meeres. Im Bereich der Luftreinhaltung wurde im Rat eine grundsätzliche Einigung über eine Richtlinie betreffend Schwefeldioxyd und seine Schwebeteilchen erzielt und das Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverschmutzung im Rahmen der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa durch die Gemeinschaft unterzeichnet.

Weitere Arbeiten betrafen Umweltchemikalien, insbesondere Fluorchlorkohlenwasserstoffe in der Umwelt, Probleme der Aufmachung gefährlicher Stoffe sowie die Erhaltung natürlicher

- 63 -

Ressourcen, insbesondere der Wasserversorgung, der natürlichen Umwelt, wie der wildlebenden Tiere und die Verbesserung des Lebensraumes. Weiters standen eine neue Orientierung der Umweltpolitik, insbesondere in Form einer stärkeren Betonung von Verhütungsmaßnahmen, der Einführung von Umweltsverträglichkeitsprüfungen sowie einer Abfallpolitik, die den Umweltschutz mit einer besseren Nutzung der Ressourcen kombiniert, grundsätzlich zur Diskussion.

Auf dem Gebiet des Verbraucherschutzes wurde von der Kommission ein Vorschlag für den Verbrauchercredit erarbeitet und der Rat erließ Richtlinien betreffend den Schutz der Verbraucher bei der Angabe der Lebensmittelpreise und die Etikettierung des Energieverbrauchs auf Haushaltsgeräten.

Europäische Investitionsbank (EIB)

Die EIB gewährte 1979 Darlehen von 3,1 Mrd. ERE (55,8 Mrd.ÖS), d.h. um 40 % mehr als 1978. Davon wurden 2,6 Mrd. ERE (83 %) an die Mitgliedstaaten gewährt, wovon wieder 4/5 Italien, dem Vereinigten Königreich und Irland zu gute kamen. Auf Drittländer, insbesondere auf Mittelmeer- und AKP-Länder, entfielen 1/2 Mrd. ERE (+131 %), worin Darlehen an die Salzburger Kraftwerke und die Österreichische Elektrizitätswirtschafts AG (Verbundgesellschaft) von 39,3 Mio. ERE für den Bau eines Wasserkraftwerks im Zillertal enthalten sind. 2/3 der gewährten Darlehen waren regionalpolitischen Infrastrukturvorhaben gewidmet.

1979 wurden im Zusammenhang mit den im Rahmen des EWS vorgesehenen Ressourcentransfers erstmals Zinszuschüsse von 3 % für verschiedene Darlehen der EIB an Italien und Irland gewährt.

Schlußbemerkungen

Die Freihandelsabkommen mit den EG haben auch im siebenten Jahr seit ihrem Inkrafttreten grundsätzlich gut funktioniert. Diese Tatsache ist vor dem Hintergrund der Schwierigkeiten, denen sich die Weltwirtschaft im Berichtsjahr gegenüber sah, durchaus keine Selbstverständlichkeit. Auf die für Österreich wenig zufriedenstellende Entwicklung des Warenverkehrs mit den EG auf dem Agrarsektor wird im späteren noch zurückzukommen sein.

Zunächst ist festzustellen, daß die österreichischen Ausfuhren in die EG im Berichtsjahr stärker zunahmen als die Gesamtexporte und die Einfuhren aus den EG schwächer anstiegen als die Gesamtimporte. Überdies war die Zuwachsrate der Ausfuhren in die EG im Vergleich zu 1978 merklich höher als die entsprechende Zuwachsrate der Einfuhren aus der Gemeinschaft.

In diesem überdurchschnittlichen Wachstum des Warenverkehrs mit den EG kamen weiterhin handelsfördernde Auswirkungen des Freihandelsabkommens zum Tragen.

Integrationeffekte sind auch an der Entwicklung der Marktanteile ⁹⁾ österreichischer Exporte in die EG erkennbar, wenn auch in einem merklich schwächeren Ausmaß als in den vergangenen Jahren. Österreich konnte vor allem in Italien seine Marktstellung verbessern; auch in der Bundesrepublik Deutschland war die Entwicklung positiv.

⁹⁾ d.h. Anteil der österreichischen Exporte an den Gesamteinfuhren der anderen Staaten des europäischen Freihandelsraumes

-- 65 --

In den meisten anderen EG-Staaten mußten jedoch Marktanteilsverluste in Kauf genommen werden.

In den EFTA-Staaten ist der österreichische Marktanteil insgesamt um fast 6 % zurückgegangen.

Die Entwicklung der Marktanteile wurde aber sichtlich auch durch verschiedene andere Faktoren, die nicht integrationsbedingt sind, beeinflußt. So hat die starke Verteuerung des Erdöls zu Marktanteilsgewinnen der Erdöl exportierenden Staaten zu Lasten Österreichs geführt, während die starke Nachfrage nach Vorprodukten (Stahl, Papier usw.) österreichische Exporte begünstigte.

Zur besseren Darstellung der Tendenzen der internationalen Arbeitsteilung wurden im vorliegenden Bericht auch die analytischen Ausführungen durch sogenannte Importquoten ¹⁰⁾ ergänzt. Dadurch ergibt sich ein genaueres Bild der importmäßigen Verflechtung der österreichischen Wirtschaft.

Die Importquote Österreichs stieg von 1970 bis 1979 um etwa ein Fünftel. Dieser Zuwachs macht die stärkere Einschaltung Österreichs in die internationale Arbeitsteilung in den Siebzigerjahren deutlich.

Hiebei erhöhte sich die Importquote gegenüber den EG im vorerwähnten Zeitraum überdurchschnittlich, was zu einem wesentlichen Teil eine Folge des Zollabbaues im Rahmen des Freihandelsabkommens gewesen sein dürfte.

¹⁰⁾ d.s. österreichische Importe in Prozent des nominellen Bruttoinlandsproduktes

- 66 -

Die Importquote gegenüber der EFTA ist nach 1971 infolge des Wegfalles der Vorzugsstellung für EFTA-Lieferungen auf dem österreichischen Markt wiederum zurückgegangen, war aber 1979 dennoch wesentlich höher als 1960, was darauf schließen läßt, daß die EFTA-Integration nicht bloß temporäre Wirkungen hatte, sondern zu einer stärkeren gegenseitigen wirtschaftlichen Verflechtung beigetragen hat.

Im Berichtsjahr hat sohin Österreich bedeutend mehr ausländische Konsumgüter, Investitionsgüter, Rohstoffe und Vorprodukte importiert als zu Beginn der Dekade. Bei dieser Betrachtungsweise ist jedoch zu beachten, daß wachsende Importe mitunter auch einen Verlust von Arbeitsplätzen im Inland mit sich bringen können, der aber durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze in einer erstarken Exportindustrie in der Regel wiederum wettgemacht wird.

Trotz der günstigen Entwicklung der Exporte in die EG hat sich infolge des starken Importüberhanges auf österreichischer Seite das Handelsbilanzdefizit gegenüber der Gemeinschaft, nach einer Verbesserung im Jahre 1978, wiederum verschlechtert. Das österreichische Handelsbilanzdefizit war daher auch im Berichtsjahr eine wichtige Frage bei den Beratungen im Gemischten Ausschuß sowie Gegenstand österreichischer Interventionen auf verschiedenen Ebenen.

Österreich vertritt gegenüber der Gemeinschaft die Auffassung, daß diese bei ihren Überlegungen und Maßnahmen auf dieses grundlegende Problem verstärkt Bedacht nehmen sollte. Dies könne auf vielfältige Weise geschehen, da zahlreiche österreichische Vorschläge für die verschiedensten wirtschaftlichen Sektoren bei der Gemeinschaft anhängig sind.

- 67 -

Der agrarische Warenverkehr ist Gegenstand ständiger Verhandlungen mit den EG zur Verbesserung der Bedingungen für wichtige agrarische Exporte Österreichs (z.B. Rinder, Käse und Wein). Die eingangs erfolgte Qualifikation des guten Funktionierens des Freihandelsabkommens ist mit der wesentlichen Einschränkung zu versehen, daß die Entwicklung des agrarischen Warenverkehrs mit der Gemeinschaft noch immer nicht als "harmonisch" im Sinne des Artikels 15 des Freihandelsabkommens angesehen werden kann.

Die zweite Erweiterung der Gemeinschaft um Griechenland und voraussichtlich Portugal und Spanien führte im Berichtsjahr zunächst anlässlich des Beitritt Griechenlands zu exploratorischen Gesprächen zwischen Österreich und den EG betreffend Übergangsprotokolle zu den bestehenden Freihandelsabkommen, bei denen Auffassungsunterschiede auch in grundsätzlichen Fragen zu Tage traten.

Im Hinblick auf diese Schwierigkeiten sowie die voraussichtlich lange Übergangszeit bei einem Beitritt Spaniens zu den EG kommt dem multilateralen Freihandelsübereinkommen zwischen den EFTA-Staaten und Spanien erhöhte Bedeutung zu. Das erwähnte Übereinkommen sowie ein agrarisches Abkommen Österreich-Spanien wurden im Berichtsjahr seitens Österreichs ratifiziert.

In diesem Zusammenhang ist die Feststellung angebracht, daß ein Sichbegnügen mit den bisher erreichten Integrationsfortschritten auf dem Gebiete der Wirtschaft in einem Zeitalter ökonomischer Umwälzungen bedeutenden Ausmaßes auf längere Sicht einen Rückschritt darstellen würde.

- 68 -

Dieser Überlegung entsprang auch der in der Gipfelkonferenz der EFTA-Staaten im Jahre 1977 zum Ausdruck gebrachte und in der Folge von den EG positiv aufgenommene Wunsch nach Intensivierung und Ausdehnung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem EFTA-Staaten und den EG in den Bereichen von beiderseitigem Interesse.

Aus den gegenwärtig geführten Beratungen scheinen positive Ergebnisse z.B. im Bereiche der Ursprungsregelung des Freihandelsabkommens sowie der Beseitigung von Handelshemmnissen auf Grund von technischen Normen und Sicherheitsvorschriften möglich.

Infolge der Intensivierung der gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen sowie der Erweiterung der Gemeinschaft erhält die Frage einer Zusammenarbeit zwischen Österreich und den EG im Bereiche der Verkehrspolitik zunehmende Aktualität. Der durch die besondere Transitslage begründete Antrag Österreichs nach EG-Mitfinanzierung am Ausbau der Nordwest-Südost-Transversale (sogenannte Gastarbeiterroute) ist bei den EG in Behandlung. Letztere sehen jedoch diese Frage in engem Zusammenhang mit einer Zusammenarbeit in anderen Fragen der Verkehrspolitik (z.B. Transitverkehr zu Gunsten Griechenlands, kombinierte Verkehre).

Die mit den EG und anderen europäischen Staaten geführten Verhandlungen über eine Liberalisierung des zwischenstaatlichen Gelegenheitsverkehrs mit Omnibussen könnten bereits in nächster Zeit zu einem positiven Ergebnis führen. Trotz der wirtschaftlich eher begrenzten Bedeutung dieses Abkommens wäre es in grundsätzlicher Hinsicht als weiterer Fortschritt der wirtschaftlichen Integration anzusehen. Das Abkommen ist als echtes multilaterales Abkommen, unter Einschluß der EG-Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft selbst, konzipiert und wird die bestehende Struktur der Europäischen Verkehrsministerkonferenz (CEMT), an der auch Öster-

- 69 -

reich schon teilnimmt, einbeziehen. Es könnte überdies als Modellfall für weitere Übereinkommen im Rahmen der Europäischen Integration dienen.

Österreich verfolgt mit Interesse die Bemühungen zur Schaffung eines stabilen Europäischen Währungssystems (EWS). Die einmal jährlich erfolgenden informativen Expertengespräche Österreichs mit der EG-Kommission über Konjunktur- und Währungsfragen haben sich als Forum für nähere Informationen über Maßnahmen der Gemeinschaft in diesem Bereiche bewährt.

Statistischer Anhang

Tabelle 1

Österreichische Handelsbilanz
(in Mio. Ö.S.)

	1975	1976	1977	1978	1979
Gesamtsaldo	- 32.492	- 53.967	- 73.060	- 55.776	- 63.609
EG (73) ¹⁾	- 43.964	- 59.654	- 73.303	- 59.330	- 64.315
EFTA (73) ²⁾	+ 2.606	+ 1.876	- 41	+ 1.509	+ 2.612
Osteuropa (ohne Jugoslawien)	+ 5.653	+ 3.400	+ 2.706	+ 3.844	+ 2.922

¹⁾ BRD, F, I, NL, B, Lux, GB, DK, Irl.

²⁾ CH, S, N, P, Isl, SF.

Tabelle 2Der Warenverkehr Österreichs im größeren europäischen Freihandelsraum

(in Mio. ÖS)

	Einfuhr					Ausfuhr				
	1975	1976	1977	1978	1979	1975	1976	1977	1978	1979
Schweiz	11.001	12.990	13.989	14.249	14.484	10.234	10.976	11.409	13.672	15.170
Norwegen	789	937	1.016	902	1.020	1.802	2.163	2.304	1.958	2.118
Schweden	4.156	4.732	4.977	2.289	5.207	5.542	6.130	5.699	4.744	5.488
Island	26	24	18	24	18	34	50	38	50	42
Portugal	572	524	499	488	621	625	833	681	713	641
Finnland	808	881	1.245	1.032	1.248	1.730	1.812	1.482	1.357	1.751
EFTA	17.361	20.088	21.744	20.985	22.598	19.967	21.964	21.703	22.494	25.210
BRD	65.345	84.621	99.188	100.481	114.236	28.601	35.590	42.957	51.260	62.484
Italien	13.210	16.973	20.532	20.568	25.080	10.412	13.894	14.635	15.520	20.179
Belg.-Luxembg.	3.517	4.721	6.127	5.233	6.312	2.092	2.232	2.458	2.635	3.130
Frankreich	6.643	8.646	10.612	9.401	11.024	3.261	4.334	4.818	6.001	6.645
Niederlande	4.977	6.206	6.690	6.691	7.970	3.228	4.056	4.634	5.353	5.498
Großbritannien	6.508	7.536	8.056	7.166	7.859	7.342	7.407	7.478	8.681	9.181
Dänemark	1.413	1.730	1.897	1.803	1.924	2.673	3.217	2.883	2.617	2.936
Irland	139	176	312	330	440	179	225	248	275	378
EG	101.752	130.609	153.414	151.672	174.745	57.788	70.955	80.111	92.342	110.430
EFTA und EG	119.113	150.697	175.158	172.657	197.343	77.755	92.919	101.814	114.836	135.640
Griechenland			596	537	579			1.508	1.649	1.934
Spanien			1.065	1.000	1.182			1.222	1.003	1.295

Tabelle 3

Veränderungen im Außenhandel

(jeweils in % gegenüber dem vorangegangenen Jahr)

	Einfuhr					Ausfuhr				
	1975	1976	1977	1978	1979	1975	1976	1977	1978	1979
Schweiz	- 5	+ 18	+ 8	+ 0	+ 2	- 23	+ 7	+ 5	+ 19	+ 11
Norwegen	- 14	+ 19	+ 8	- 11	+ 13	+ 13	+ 20	+ 7	- 15	+ 8
Schweden	- 0	+ 14	+ 5	- 14	+ 21	+ 6	+ 11	- 7	- 17	+ 16
Island	- 10	- 8	- 25	+ 32	- 24	- 24	+ 47	- 24	+ 33	- 16
Portugal	- 15	- 8	- 5	- 2	+ 27	- 49	+ 33	- 18	+ 5	- 10
Finnland	- 17	+ 9	+ 41	- 17	+ 21	- 3	+ 5	- 18	- 8	+ 29
EFTA	- 5	+ 16	+ 8	- 4	+ 8	- 14	+ 10	- 1	+ 4	+ 12
BRD	- 3	+ 29	+ 17	+ 1	+ 14	+ 9	+ 24	+ 21	+ 19	+ 22
Italien	+ 11	+ 28	+ 21	+ 0	+ 22	- 18	+ 33	+ 5	+ 6	+ 30
Belg.-Luxembg.	- 5	+ 34	+ 30	- 15	+ 19	+ 17	+ 7	+ 10	+ 7	+ 18
Frankreich	+ 8	+ 30	+ 23	- 11	+ 17	+ 9	+ 33	+ 11	+ 25	+ 11
Niederlande	- 8	+ 25	+ 8	- 0	+ 19	- 19	+ 26	+ 14	+ 16	+ 3
Großbritannien	- 9	+ 16	+ 7	- 12	+ 10	- 14	+ 1	+ 1	+ 16	+ 6
Dänemark	- 14	+ 22	+ 10	- 5	+ 7	+ 1	+ 20	- 10	- 9	+ 12
Irland	+ 53	+ 27	+ 78	+ 6	+ 33	- 17	+ 26	+ 10	+ 11	+ 38
EG	- 2	+ 28	+ 18	- 1	+ 15	- 2	+ 23	+ 13	+ 15	+ 20
EFTA und EG	- 2	+ 27	+ 16	- 1	+ 14	- 6	+ 20	+ 10	+ 13	+ 18
Griechenland				- 10	+ 8				+ 9	+ 17
Spanien				- 6	+ 18				- 18	+ 29

Tabelle 4Regionale Streuung des österreichischen Außenhandels

(Prozentanteile 1975 - 1979)

Ländergruppen	Importe					Exporte				
	1975	1976	1977	1978	1979	1975	1976	1977	1978	1979
Europa	85,2	84,6	85,3	85,0	83,7	83,6	82,4	83,5	84,7	85,2
a) EG (73) ¹⁾	62,3	63,4	65,3	65,4	64,8	44,2	46,6	49,5	52,4	53,5
b) EFTA (73) ²⁾	10,6	9,7	9,3	9,1	8,4	15,3	14,4	13,4	12,8	12,2
c) Osteuropa ohne Jugoslawien	10,2	9,5	8,8	8,8	8,8	17,1	15,2	14,5	13,7	12,9
Amerika	5,0	5,4	5,5	5,4	5,6	5,3	5,7	5,4	4,9	4,5
a) Angloamerika	3,4	3,4	3,4	3,4	3,6	3,3	3,4	3,8	3,6	3,2
b) Lateinamerika	1,7	2,0	2,1	2,0	2,0	2,0	2,3	1,6	1,3	1,3
Afrika	2,4	2,4	2,2	2,5	2,9	4,1	4,3	4,3	3,9	3,9
Asien	7,1	7,4	6,8	6,8	7,5	6,6	7,2	6,4	6,0	6,1
Australien und Ozeanien	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,5	0,4	0,4	0,5	0,3
Entwicklungsländer	12,5	12,5	11,3	11,4	12,6	20,3	20,8	19,2	17,7	18,3

1) BRD, F, I, NL, B, Lux, GB, DK, Irl.

2) CH, S, N, P, Isl, SF.

Tabelle 5

Österreichische Exporte im Jahre 1978 und 1979

Ländergruppen bzw. Länder	1978		1979	
	%-Anteil am Gesamt- export	Wert (in Mio. ÖS)	%-Anteil am Gesamt- export	Wert (in Mio. ÖS)
Welt	100,0	176,112	100,0	206,253
davon				
- EFTA (73) ¹⁾	12,8	22,494	12,2	25,210
- EG (73) ²⁾	52,4	92,342	53,5	110,430
Schweiz	7,8	13,672	7,4	15,170
Norwegen	1,1	1,958	1,0	2,118
Schweden	2,7	4,744	2,7	5,488
Island	0,03	50	0,02	42
Portugal	0,4	713	0,3	641
Finnland	0,8	1,357	0,9	1,751
BRD	29,1	51,260	30,3	62,484
Italien	8,8	15,520	9,8	20,179
Belgien, Luxemburg	1,5	2,634	1,5	3,129
Frankreich	3,4	6,001	3,2	6,645
Niederlande	3,0	5,353	2,7	5,498
Großbritannien	4,9	8,681	4,5	9,181
Dänemark	1,5	2,617	1,4	2,936
Irland	0,16	275	0,2	377
Griechenland	0,9	1,649	0,9	1,934
Spanien	0,6	1,003	0,6	1,295

1) CH, S, N, P, Isl. SF.

2) BRD, F, I, NL, B, Lux, GB, Irl., DK.

Tabelle 6

Österreichische Importe im Jahre 1978 und 1979

Ländergruppen bzw. Länder	1978		1979	
	%-Anteil am Gesamt import	Wert (in Mio. ÖS)	%-Anteil am Gesamt- import	Wert (in Mio. ÖS)
Welt	100,0	231.888	100,0	269.862
davon				
- EFTA (73) ¹⁾	9,1	20.985	8,4	22.598
- EG (73) ²⁾	65,4	151.672	64,8	174.745
Schweiz	6,1	14.249	5,4	14.484
Norwegen	0,4	902	0,4	1.020
Schweden	1,9	4.289	1,9	5.207
Island	0,01	24	0,01	18
Portugal	0,2	488	0,2	621
Finnland	0,5	1.032	0,5	1.248
BRD	43,3	100.481	42,3	114.236
Italien	8,9	20.568	9,3	25.080
Belgien, Luxemburg	2,3	5.233	2,3	6.212
Frankreich	4,1	9.401	4,1	11.024
Niederlande	2,9	6.691	3,0	7.970
Großbritannien	3,1	7.166	2,9	7.859
Dänemark	0,8	1.803	0,7	1.924
Irland	0,14	330	0,2	440
Griechenland	0,2	538	0,2	579
Spanien	0,4	1.000	0,4	1.182

¹⁾ CH, S, N, P, Isl. SF.

²⁾ BRD, F, I, NL, B, Lux, GB, Irl., DK.

Tabelle 7

Austauschrelation im Außenhandel
Deckungsverhältnis der Importe durch Exporte

Ländergruppen bzw. Länder	1976 Deckung %	1977 Deckung %	1978 Deckung %	1979 Deckung %
Welt	73,8	68,9	76,0	76,4
davon				
- EFTA (73) ¹⁾	109,3	99,8	107,2	111,6
- EG (73) ²⁾	54,3	52,2	60,9	63,2
Schweiz	84,5	82,2	96,0	104,7
Norwegen	230,8	226,8	217,1	207,7
Schweden	129,5	114,5	110,6	105,4
Island	208,3	211,1	208,3	232,3
Portugal	159,0	136,5	146,1	103,2
Finnland	205,7	119,0	131,5	140,3
BRD	42,1	43,3	51,0	54,7
Italien	81,9	71,3	75,5	80,5
Belgien, Luxemburg	47,3	40,1	50,3	50,0
Frankreich	50,1	45,4	63,8	60,3
Niederlande	65,4	69,3	80,0	69,0
Großbritannien	98,3	92,8	121,1	116,8
Dänemark	186,0	152,0	145,2	152,6
Irland	127,8	79,5	83,3	85,7
Griechenland		253,0	307,1	334,0
Spanien		114,7	100,3	109,6

¹⁾ CH, S, N, P, Isl. SF.

²⁾ BRD, F, I, NL, B, Lux, GB, Irl., DK.

Tabelle 8

Österreichs Marktanteile an den Importen der EG und EFTA
in % der Gesamtimporte ¹⁾

	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979 ⁷⁾
EFTA 72 ²⁾	1.779	1.936	1.866	1.639	1.536	1.482	1.396	1.471	1.364
EG 72 ³⁾	1.215	1.216	1.239	1.140	1.151	1.247	1.414	1.572	1.567
EFTA 73 ⁴⁾	2.574	2.838	2.684	2.470	2.207	2.197	2.055	2.265	2.128
EG 73 ⁵⁾	1.181	1.204	1.223	1.094	1.102	1.161	1.284	1.411	1.389
SCHWEIZ	4.839	5.488	4.962	4.901	4.344	4.101	3.795	3.907	3.798
SCHWEDEN	1.820	2.004	1.939	1.813	1.857	1.844	1.709	1.736	1.507
FINNLAND	1.647	1.673	1.788	1.523	1.447	1.594	1.343	1.306	1.294
NORWEGEN	1.122	1.229	1.077	1.086	1.119	1.196	1.166	1.285	1.218
ISLAND	443	494	475	566	556	603	500	693	427
PORTUGAL	1.407	1.381	1.324	1.203	908	1.001	746	666	642
BRD	2.047	2.063	2.064	1.965	2.059	2.229	2.611 ⁽⁶⁾	2.942	2.930
ITALIEN	1.775	1.825	2.039	1.690	1.556	1.755	1.893	1.883	1.943
NIEDERLANDE	641	655	667	675	608	634	669	727	646
FRANKREICH	376	389	397	366	385	406	429	555	514
BELGIEN-LUXEMBURG	327	289	281	339	392	364	377	392	383
IRLAND	260	328	310	346	307	280	285	299	307
DÄNEMARK	1.627	1.647	1.742	1.537	1.617	1.516	1.373	1.290	1.273
GROSSBRITANNIEN	1.030	1.141	1.120	878	848	741	734	797	718
SPANIEN	520	543	536	465	437	476	495	466	456
GRIECHENLAND	1.509	1.452	1.702	1.824	1.481	1.140	1.328	1.344	956
TÜRKEI	1.404	1.165	1.294	1.480	1.288	1.215	1.318	1.761	2.322

¹⁾ Importe des Landes (der Ländergruppe) aus Österreich in % der Gesamtimporte (einschließlich des Intra-Handels der EG bzw. der EFTA). - ²⁾ Großbritannien, Dänemark, Schweiz, Schweden, Norwegen, Portugal, Finnland. - ³⁾ BRD, Frankreich, Italien, Niederlande, Belgien-Luxemburg. - ⁴⁾ Schweiz, Schweden, Norwegen, Portugal, Island, Finnland. - ⁵⁾ BRD, Frankreich, Italien, Niederlande, Belgien-Luxemburg, Großbritannien, Dänemark, Irland. - ⁶⁾ Marktanteil infolge der Aufnahme von Stromlieferungen in der Deutschen Statistik überhöht. ⁷⁾ Jänner bis September

Q: WIFO (nach OECD-Statistik).

Tabelle 9

Österreichs Marktanteile an den Importen der EG und EFTA
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr ¹⁾

	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979 ⁷⁾
EFTA 72 ²⁾	8.4	8.9	-3.6	-12.2	-6.3	-3.5	-5.8	5.3	-5.8
EG 72 ³⁾	-.1	.2	1.9	-8.0	1.0	8.3	13.4	11.2	1.9
EFTA 73 ⁴⁾	5.5	10.3	-5.4	-8.0	-10.7	-.5	-6.4	10.2	-5.9
EG 73 ⁵⁾	2.8	2.0	1.6	-10.6	.8	5.4	10.6	9.8	1.1
SCHWEIZ	7.9	13.4	-9.6	-1.2	-11.4	-5.6	-7.5	2.9	-3.0
SCHWEDEN	-2.7	10.1	-3.3	-6.5	2.4	-.7	-7.3	1.6	-11.7
FINNLAND	12.5	1.6	6.9	-14.8	-5.0	10.2	-15.8	-2.7	-4.1
NORWEGEN	3.0	9.5	-12.4	.8	3.1	6.8	-2.5	10.2	-3.9
ISLAND	46.7	11.4	-3.8	19.4	-1.9	8.5	-17.0	38.7	-41.6
PORTUGAL	-10.1	-1.9	-4.2	-9.1	-24.5	10.3	-25.5	-10.7	-5.5
BRD	-2.9	.8	-.9	-3.9	4.8	8.2	17.1 ⁽⁶⁾	12.7	1,0
ITALIEN	-.8	2.8	11.7	-17.1	-7.9	12.7	7.9	-.5	9.5
NIEDERLANDE	8.3	2.2	1.8	1.3	-9.9	4.2	5.6	8.6	-9.8
FRANKREICH	4.7	3.6	2.0	-8.0	5.2	5.5	5.7	29.2	-9.4
BELGIEN-LUXEMBURG	9.6	-11.7	-2.7	20.3	15.7	-7.1	3.7	4.0	-1.1
IRLAND	20.2	26.1	-5.3	11.4	-11.3	-8.8	1.8	5.0	4.7
DÄNEMARK	7.6	1.2	5.7	-11.8	5.2	-6.2	-9.4	-6.1	2.0
GROSSBRITANNIEN	18.0	10.8	-1.8	-21.6	-3.5	-12.6	-.9	8.5	-7.0
SPANIEN	-7.6	4.4	-1.2	-13.3	-6.0	8.8	4.1	-5.8	1.3
GRIECHENLAND	5.9	-3.8	17.2	7.2	-18.8	-23.0	16.5	1.2	-32.9
TÜRKEI	23.0	-17.0	11.1	14.3	-12.9	-5.7	8.5	33.6	22.8

¹⁾ Importe des Landes (der Ländergruppe) aus Österreich in % der Gesamtimporte (einschließlich des Intra-Handels der EG bzw. der EFTA). - ²⁾ Großbritannien, Dänemark, Schweiz, Schweden, Norwegen, Portugal, Finnland. - ³⁾ BRD, Frankreich, Italien, Niederlande, Belgien-Luxemburg. - ⁴⁾ Schweiz, Schweden, Norwegen, Portugal, Island, Finnland. - ⁵⁾ BRD, Frankreich, Italien, Niederlande, Belgien-Luxemburg, Großbritannien, Dänemark, Irland. - ⁶⁾ Marktanteil infolge der Aufnahme von Stromlieferungen in der Deutschen Statistik überhöht. ⁷⁾ Jänner bis September, im Vergleich zur selben Periode des Vorjahres.

Q: WIFO (nach OECD-Statistik).

Tabelle 10

Anteile der Importe am nominellen Brutto-Inlandsprodukt
nach Ländergruppen und Ländern (in %)

	EG 72	EFTA 72	EG 73	EFTA 73	BRD	Griechen- land	Türkei	Spanien	Summe Grld. Türk.Sp.	OPEC	Ost Staaten	Gesamt
1954	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1.66	18.19
1955	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2.03	21.58
1956	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2.03	21.29
1957	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2.27	22.29
1958	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2.19	20.36
1959	11.64	2.41	12.76	1.30	.	.	.	.	.	.	2.30	20.39
1960	12.77	2.76	14.05	1.49	9.03	.	.	.	.	.19	2.53	22.60
1961	12.74	2.75	13.99	1.51	9.18	.	.	.	.	.18	2.22	21.41
1962	12.45	2.78	13.72	1.52	8.90	.	.	.	.	.15	2.32	21.03
1963	12.28	2.94	13.60	1.61	8.71	.	.	.	.	.14	2.54	21.06
1964	12.57	3.12	13.92	1.77	8.92	.	.	.	0.25	.14	2.27	21.37
1965	13.12	3.31	14.61	1.82	9.26	.	.	.	0.25	.14	2.39	22.17
1966	13.26	3.59	14.84	2.02	9.57	.	.	.	0.25	.15	2.16	22.56
1967	12.32	3.84	13.87	2.30	8.76	.	.	.	0.24	.15	1.91	21.04
1968	12.14	3.89	13.75	2.29	8.76	.	.	.	0.27	.14	2.06	21.16
1969	12.39	4.27	14.19	2.48	9.06	.	.	.	0.24	.18	2.12	21.94
1970	13.77	4.81	15.78	2.81	10.13	.	.	.	0.31	.23	2.30	24.56
1971	13.94	4.90	15.94	2.91	10.23	.	.	.	0.30	.49	2.28	24.95
1972	14.66	4.76	16.54	2.89	10.60	.	.	.	0.27	.53	2.15	25.32
1973	14.98	4.71	16.61	3.09	10.73	.	.	.	0.32	.66	2.16	25.74
1974	15.43	4.42	16.88	2.99	11.00	.	.	.	0.32	1.67	2.67	27.45
1975	14.27	3.85	15.50	2.65	9.96	.	.	.	0.30	1.25	2.54	24.90
1976	16.65	4.03	17.95	2.76	11.63	.07	.11	.12	.29	1.44	2.70	28.32
1977	18.06	4.02	19.36	2.76	12.52	.08	.10	.13	.31	1.09	2.62	29.62
1978	16.89	3.55	17.99	2.49	11.92	.06	.09	.12	.28	1.11	2.42	27.51
1979	17.99	3.54	19.10	2.47	12.48	.06	.09	.13	.28	1.57	2.60	29.51
1980	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.

Tabelle 11

Entwicklung des Inlandsmarktanteiles der
österreichischen Industrieproduktion
 1970 bis 1979

	Inlandsmarktanteil ¹⁾	Veränderung gegen das Vorjahr
	in %	in %
1970	61,0	- 3,1
1971	60,6	- 0,4
1972	59,6	- 1,0
1973	60,2	+ 0,6
1974	58,0	- 2,2
1975	58,6	+ 0,6
1976	55,3	- 3,3
1977	53,4	- 1,9
1978	54,2	+ 0,8
1979 ²⁾	51,8	- 2,4

1) Berechnung zu laufenden Preisen. - 2) Vorläufig.

Q: WIFO.

Tabelle 12

Warenmäßige Streuung des österreichischen Außenhandels
(Prozentanteile 1975 - 1979)

Warengruppen	I m p o r t e					E x p o r t e				
	1975	1976	1977	1978	1979	1975	1976	1977	1978	1979
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Nahrungs- und Genußmittel	6,4	6,3	6,3	6,2	5,5	3,9	4,1	3,6	3,9	3,9
Rohstoffe (einschließlich elektrischer Energie)	20,6	19,5	17,3	17,4	19,6	9,2	10,5	10,5	9,5	9,9
Halbfertige Waren	16,7	16,2	15,8	16,6	16,7	23,1	21,5	22,1	21,9	23,9
Fertigwaren	56,3	58,0	60,6	59,8	58,2	63,8	63,9	63,8	64,7	62,9
a) Maschinen und Verkehrsmitteln	29,7	31,4	33,8	30,7	29,7	27,4	27,8	27,9	29,0	28,9
b) Andere Fertigwaren	26,6	26,6	26,8	29,1	28,5	36,4	36,1	35,9	35,7	34,9
o d e r :										
a) Investitionsgüter	17,0	17,5	18,1	19,3	17,9	25,3	25,0	23,8	24,8	24,9
b) Konsumgüter	39,3	40,5	42,5	40,5	40,3	38,5	38,9	40,0	39,9	38,7
Sonstige Waren	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Die Entwicklung des agrarischen Außenhandels mit den EG¹⁾
(in Mill. ÖS)

	1960	1965	EG 72 ²⁾				EG 73 ³⁾			
			1968	1972	1973	1975	1976	1977	1978	1979
Österr.Einfuhren	1.799	3.157	2.653	4.051	5.659	6.581	7.969	8.826	8.667	9.596
Österr.Ausfuhren	1.235	1.774	1.806	3.529	3.310	3.318	3.584	3.607	4.178	4.829
Saldo	- 564	-1.383	- 847	- 522	-2.349	-3.263	-4.385	-5.219	-4.489	-4.776

Die Entwicklung des agrarischen Außenhandels mit Großbritannien, Dänemark und Irland¹⁾
(in Mill. ÖS)

	1960	1965	1968	1972
Österreichische Einfuhren	170	440	383	631
Österreichische Ausfuhren	84	230	260	351
Saldo	-86	-210	-123	-280

1) Berechnung nach dem SITC-Code.

2) BRD, F, I, NL, B, Lux.

3) BRD, F, I, NL, B, Lux, GB, DK, Irl.

Tabelle 14

Produktionswerte der österreichischen Industrie
(in Mill.ÖS)

	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979
Bergwerke und eisenerzeugende Industrie	18.599	21.025	20.731	25.789	26.130	28.291	32.631
Erdöl	9.723	16.674	18.472	22.815	22.587	24.296	31.144
Steine und Keramik	12.010	13.607	13.329	14.557	15.829	16.341	17.316
Glas	2.562	2.906	2.455	2.881	3.126	3.146	3.686
Chemie	31.109	40.370	38.835	44.408	47.153	48.556	55.570
Papierherzeugung	11.946	16.766	16.611	17.578	17.519	16.155	19.071
Papierverarbeitung	4.178	5.408	5.512	5.833	5.989	5.879	6.736
Holzverarbeitung	10.382	11.692	11.052	12.490	14.169	14.508	15.631
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	38.233	41.871	45.164	49.837	54.735	56.398	50.205 ²⁾
Lederherzeugung	868	937	923	1.141	1.208	1.176	1.403
Lederverarbeitung	4.758	4.822	4.451	5.010	5.541	5.524	6.029
Gießereien	3.480	3.882	4.018	4.225	4.339	4.471	5.177
Metall	7.662	10.079	7.467	8.788	9.871	9.676	11.493
Maschinen- und Stahlbau	24.007	29.676	32.310	35.825	38.231	40.719	44.222
Fahrzeug	9.744	11.652	11.211	13.129	15.352	13.820	15.403
Eisen- und Metallwaren	20.944	24.034	22.813	25.660	27.595	29.193	31.155
Elektro	20.425	24.052	22.855	25.555	28.360	29.001	29.835
Textil	20.971	22.426	19.627	21.752	22.211	21.497	22.150
Bekleidung	9.409	10.123	10.099	10.652	11.014	10.797	11.784
Insgesamt	261.010	312.002	308.935	347.925	370.958	380.588	410.641

1) Einschließlich Tabakindustrie

2) Ohne Tabakindustrie